Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 217 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Donnerstag, 15. September 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Der Streit um den 12. September

Statt Überwachungs- Untersuchungsausschuß

Im Ueberwachungsausschuß des Reichstages hielt

Abg. **Dr. Pfleger** (Bayer. Volksp.) es für notwendig, daß zunächst einmal die Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 12. September 1932 ganz genau geklärt werden müßten. Aus diesem Grunde beantragte der Redner:

Die Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 12. 9. 1932 sind durch den Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu untersuchen. Zu diesem Behufe wird beschlossen:

a) Es sind die unkorrigierten amtlichen Stenogramme des Reichstags über die Sitzung vom 12. 9. 1932 einzuholen;

b) als Zeugen darüber 1. wie oft, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt von einem Regierungsvertreter Wortmeldungen beim amtierenden Präsidenten erfolgt sind, 2. wann und in welcher Form die Verordnung des Reichspräsidenten betr. Auflösung des Reichstags zur Kenntnis des Reichstagspräsidenten gebracht wurde, sind zu vernehmen: Reichskanzler von Papen, Staatssekretär Planck von der Reichskanzlei, Reichsinnenminister von Gayl, Reichstagspräsident Goering und die in der Sitzung des Reichstags vom 12. 9. 1932 tätig gewesenen Schriftführer des Reichstags.

Reichstagspräsident Goering führte dann aus Reichstagssitzungen aus der Vorkriegszeit eine Reihe von Beispielen an, daß auch damals die Vertreter der Reichsregierung im Bundesrat während der Durchführung einer Abstimmung nicht das Wort zu materiellen Mitteilungen hätten erhalten können.

Ueber die Art, wie die Presse aus dem **Fehlen der Höflichkeitsfloskeln** in dem ersten Schreiben des Reichstagspräsidenten an den Reichspräsidenten ihre Folgerungen zog, entspann sich eine erregte Debatte zwischen dem Reichstagspräsidenten **Goering** und dem Abg. **Schmidt-Hannover** (DVVP.). Reichstagspräsident **Goering** sprach von einer durch die Regierung subventionierten Presse. Darauf bat Abg. **Schmidt-Hannover** um Mitteilung, welche Presse der Reichstagspräsident damit meine. Außerdem bezeichnete Abg. Schmidt-Hannover den lebhaften Briefwechsel des Reichstagspräsidenten und dessen — wie er sagte — krampfhafte Ausgrabungen aus den Geschäftsordnungen aus dem Jahre 1883 als Rückzugskanonade, um sich aus verfahrener Lage zu retten. Er stellte nochmals fest, daß die Wortmeldung des Kanzlers erfolgte, ehe die Abstimmungshandlung im Gang war.

Abg. **Wegmann** (Ztr.) stellte nun folgende Entschließung zur Aussprache:

„Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung nimmt zu dem Schreiben des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn Reichstagspräsidenten vom 13. September 1932 wie folgt Stellung:

1. In der Sitzung des Reichstags vom 12. 9. 1932 hat der Herr Reichstagspräsident die Abstimmung über die kommunistischen Anträge eröffnet, bevor der Herr Reichskanzler sich zum Worte gemeldet hatte. Nach der Geschäftsordnung und nach feststehendem parlamentarischen Gewohnheitsrecht durfte der Reichstagspräsident nach Eröffnung der Abstimmung keine Worterteilung mehr vornehmen, auch nicht an einen Vertreter der Reichsregierung. Die Nichtunterbrechung des Abstimmungsvorganges bis zur Feststellung und Verkündigung des Ergebnisses entspricht sowohl der Reichsverfassung als der Geschäftsordnung.

2. Die Verordnung über die Auflösung des Reichstages wurde während der Abstimmung auf den Tisch des Herrn Reichstagspräsidenten niedergelegt.

3. Das Ergebnis der Abstimmung (Annahme der Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und die Entziehung des Vertrauens gegenüber der Reichsregierung) hat keine staatsrechtliche Wirkung, weil inzwischen der Reichstag aufgelöst war. Die allgemeine politische Bedeutung dieser Abstimmung, bei der 512 Stimmen gegen die Regierung von Papen abgegeben wurden, wird davon nicht berührt.

Abg. **Frank** (Nat.-Soz.) erklärte, daß seine Fraktion mit den ersten beiden Punkten der Resolution Wegmann einverstanden sei, dagegen nicht mit dem dritten Punkt.

Nunmehr entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob über den Antrag Pfleger sofort abgestimmt werden sollte oder erst später. Der Ausschuß beschloß, sich bis zur Drucklegung dieses Antrages auf kurze Zeit zu vertagen.

Abg. **Wegmann** (Ztr.) zog nach den ablehnenden Aeußerungen der Nationalsozialisten seine Resolution zurück und beantragte nunmehr, folgendes zu beschließen:

Der Ausschuß hält daran fest, daß das Nichterscheinen des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers vor dem Ausschuß gegen den klaren Wortlaut und den klaren Sinn des Artikels 33 Abs. 1 der Reichsverfassung verstößt. Die Reichsregierung hat die Abstimmung des Reichstages über das Mißtrauensvotum nicht anerkannt, sie ist nicht zurückgetreten, amtiert vielmehr uneingeschränkt weiter. Von dieser Tatsache ausgehend, hat der Ausschuß das Erscheinen des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers verlangt. Bei dieser Sachlage hatten die Mitglieder der Reichsregierung die unbedingte Pflicht, vor dem Ausschuß auf dessen Verlangen zu erscheinen. Dieser Pflicht kann sich die Reichsregierung wirksam nicht entziehen durch Berufung auf eine juristische Meinung, die sie eingestandenermaßen ablehnt und tatsächlich nicht beachtet.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Nunmehr erklärte Abg. **Marum** (Soz.): Für die Entscheidung der Frage, ob die Abstimmungen des Reichstages vom 12. September 1932 staatsrechtlich wirksam sind, ist die Klärung der Vorgänge in der Sitzung belanglos, weil von allen Seiten anerkannt ist und feststeht, daß der Reichstag vor Beendigung der Abstimmung bereits rechtswirksam aufgelöst war. Die sozialdemokratische Fraktion hält aus diesem Grunde den Antrag auf Beweiserhebung über die Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 12. September 1932 für überflüssig.

Auch Abg. **Wegmann** (Zentr.) schloß sich dieser Ansicht an.

Abg. **Schmidt-Hannover** (Dn.) erklärte: Haben die vereinigten Mehrheitsparteien wirklich die Absicht, über so widerspruchsvolle und widersinnige Anträge weiter abzustimmen? Das Spiel dieses Ausschusses ist der wirkungsvollste Anschauungsunterricht über einen versunkenen Parlamentarismus für das deutsche Volk. Ich bedauere, daß die Verhandlungen dieses Ausschusses nicht im Rundfunk verbreitet werden können. Das deutsche Volk wäre von der Vergötzung der Mehrheit und dem Parlamentsunfug endgültig kuriert.

Nunmehr zog Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Vp.) seinen Antrag bezüglich der Errichtung eines Untersuchungsausschusses zurück. Abg. Torgler (Komm.) und Abg. Frank (Nat.-Soz.) nahmen aber den Antrag des Abgeordneten Dr. Pfleger von neuem wieder auf.

Auf Antrag der Abgeordneten **Torgler** (Komm.) und **Frank** (Nat.-Soz.) sollen auch diejenigen Personen noch als Zeugen vernommen werden können, die den Vorgängen im Reichstagsplenum vom 12. September 1932 als Abgeordnete, als Journalisten oder Zuschauer beigewohnt haben und deren Vernehmung dem Ausschuß zweckdienlich erscheint.

In der Abstimmung wurde dieser Antrag mit dem Zusatz von der Mehrheit, die sich aus Nationalsozialisten und Kommunisten zusammensetzt, angenommen. Alle übrigen Parteien stimmten nicht für diesen Antrag.

Da infolge der Annahme dieses Antrages der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung in einen Untersuchungsausschuß gemäß Art. 35 Abs. 3 der Reichsverfassung umgewandelt wurde, erhob sich jetzt die Frage, wann und wie die nächste Tagung und die Zeugenvernehmungen vorbereitet werden sollen.

Vorsitzender Abg. **Löbe** (Soz.) hielt es für notwendig, daß ihm die Anberaumung der nächsten Sitzung überlassen werde, da für die Zeugenvernehmungen ganz bestimmte Fristen eingehalten werden müssen.

Abg. **Oberfohren** (Dn.) erklärte, es sei von Interesse festzustellen, ob die Mehrheitsparteien dieses Ausschusses auch entschlossen seien, von Papen im Falle seiner Weigerung zu erscheinen, vorführen und verhaften zu lassen.

Vorsitzender Abg. **Löbe** (Soz.) erwiderte, daß man sich mit dieser Frage erst zu befassen haben werde, wenn eine solche Weigerung wirklich erfolgen sollte.

Reichstagspräsident **Göring:** Ich glaube nicht, daß der Reichskanzler die Gesetze mißachten wird.

Damit war die Sitzung beendet.

Die Reichsregierung erscheint nicht vor dem Ueberwachungsausschuß

Wie das Contibüro zu dem Beschluß des Ausschusses zur Wahrung der Volksrechte erfährt, erkennt die Reichsregierung nicht das Recht des Ausschusses an, sich als Untersuchungsausschuß zu konstituieren.

Solange Reichstagspräsident Göring seinen Standpunkt nicht geändert und damit die bekannte Voraussetzung für die Reichsregierung nicht geschaffen habe, werde sie auch bei Vorladung nicht vor dem Ausschuß erscheinen.

Damit vertritt die Reichsregierung weiter den Standpunkt, den sie diesem und dem Auswärtigen Ausschuß gegenüber eingenommen hat.

Im Ueberwachungsausschuß des Reichstages

machten sowohl der Vorsitzende Abg. **Löbe** (Soz.) wie der Reichstagspräsident **Göring** (Nat.-Soz.) darauf aufmerksam, daß die Form des Schreibens, in welchem dem Reichspräsidenten die Beschlüsse des Ueberwachungsausschusses durch Präsident Göring mitgeteilt wurden, durchaus der althergebrachten Uebung entspreche. Besondere Höflichkeitsfloskeln seien bei solchen Mitteilungen nicht üblich, Reichstagspräsident Göring habe also völlig korrekt gehandelt, als er sich im Rahmen der gewohnten Förmlichkeiten hielt. Der Reichstagspräsident teilte außerdem mit, daß auch Staatssekretär Dr. Meißner dieser Meinung beigetreten sei, die Form der Mitteilung als der seitherigen Uebung entsprechend bezeichnet und erklärt habe, daß damit die Angelegenheit für den Reichspräsidenten erledigt sei.

Partei und Reichsverfassung

Reichstagspräsident Göring verwahrt sich in einem zweiten Brief an den Herrn Reichspräsidenten vom 13. September dagegen, daß die Reichsregierung die Parteien nicht als vollgültige Repräsentanten des deutschen Volkes anerkenne. Er behauptet, „daß die Organisation des politischen Lebens verfassungsgemäß parteimäßig ihren Ausdruck finde" und daß „die politische Willensbildung der Nation sich verfassungsmäßig nur durch Parteien dokumentieren" könne. Eine Reichsregierung, die die politischen Parteien ausschalte oder vernichte, handele „gegen Geist und Sinn der deutschen Reichsverfassung".

In informierten Kreisen, so heißt es in einer Contimeldung dazu, stellt man demgegenüber fest, daß diese Behauptung in krassem Widerspruch zu Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung stehe. Die Verfassung kenne nicht nur keine Parteien, sondern verurteile sogar im Artikel 130 deren Einfluß auf die Staatsgeschäfte („die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei"). Vor allem aber bestimme Artikel 21, daß „die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden sind". Abgeordnete, die diesem Grundsatz nicht entsprächen, sondern sich den Befehlen verfassungsmäßig nichtverantwortlicher Parteiführer unterstellten, seien also nicht Vertreter des ganzen Volkes und handelten gegen die Verfassung. Parteien oder Parteikoalitionen, die sich als selbständige Herrschaftsgebilde zwischen Regierung und Volk einschalteten, seien verfassungswidrig. Ein Reichstag, der in fest organisierte Parteien aufgespalten sei, könne daher nicht den Anspruch erheben, legaler und einheitlicher Repräsentant des Volkswillens im Sinne der Verfassung zu sein. Er vermöge nur, der Regierung gegenüber den verschiedenen einander bekämpfenden Willensrichtungen im Volke Ausdruck zu geben.

Verfassungsmäßiger Vertreter des ganzen Volkes sei jedoch der Reichspräsident, der sich überdies durch seinen besonderen Verfassungseid zum Dienste an der Gesamtheit des Volkes ausdrücklich verpflichtet habe, während die Unverantwortlichkeit der parteigebundenen Abgeordneten schon darin in Erscheinung trete, daß diese keinen derartigen Eid leisteten.

Hindenburgs Antwort

Das Schreiben des Präsidenten des Reichstages ist durch den Staatssekretär des Reichspräsidenten mit folgendem Brief beantwortet worden:

„Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident!

Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. September 1932 zu bestätigen. Unter Hinweis auf sein gestern an Sie gerichtetes persönliches Schreiben läßt Ihnen der Herr Reichspräsident mitteilen, daß die nach Uebergabe der Auflösungsverordnung vom Reichstag noch gefaßten Beschlüsse verfassungwidrig und somit gegenstandslos sind. Der Herr Reichspräsident beabsichtigt daher nicht, aus diesen Beschlüssen Folgerungen zu ziehen.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung bin ich Ihr ergebener

gez. Dr. Meißner."

Michaelis und der Papstfrieden

Der Streit um die Rolle des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis bei dem Friedensangebot des Papstes Benedikt XV. ist jetzt durch eine Erklärung aus Zentrumskreisen beendet worden.

Der „Vossischen Zeitung" zufolge hat auf einer kleinen Feier, die zu Ehren des 75. Geburtstages des früheren Reichskanzlers Michaelis veranstaltet wurde, der Generalpräses des Rheinisch-Westfälischen Schützenverbandes vom Heiligen Sebastianus, Pfarrer Dr. Louis, zugleich im Auftrage des früheren Reichskanzlers Marx erklärt:

„Die Friedensbemühungen des Papstes Benedikt XV. im August 1917 waren von England und Frankreich schon einen Monat vorher abgelehnt, als der Friedensvorschlag von der deutschen Regierung als undurchführbar erkannt wurde."

Zur Steuer der historischen Wahrheit glaubte Pfarrer Dr. Louis diese auf dem Katholikentag gemachten Feststellungen des Reichskanzlers Marx offiziell dem Jubilar mitteilen zu sollen. Sichtlich bewegt dankte Michaelis. Er habe zehn Jahre lang unter dem Vorwurf gelitten, seinem Volke den Frieden vorenthalten zu haben. Niemand, der ihn kannte, habe glauben können, daß er ein solches Verbrechen aus Abneigung gegen den Heiligen Vater begehen könne. Niemals habe er, der evangelische Pastorensohn, aus konfessioneller Engstirnigkeit ein solches Angebot vereiteln können.

Aus dem Völkerbund

Die deutsche Vertretung bei der Hauptversammlung

Bei der kommenden Hauptversammlung des Völkerbundes in Genf werden für Deutschland als Hauptdelegierte tätig sein Reichsaußenminister von Neurath, Gesandter von Rosenberg und Ministerialdirektor Dr. Gaus, stellvertretende Delegierte sind Staatssekretär z. D. von Rheinbaben, Gesandter Goeppert und Gesandter Weizsäcker. Die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation sind noch nicht bekannt.

Ueber die Frage der deutschen Beteiligung an dem Büro zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und die in dieses Büro zu entsandten Delegierten ist noch keine endgültige Entscheidung gefällt.

Einigung der rumänischen Regierung mit dem Völkerbundsdelegierten über die Finanzsanierung

Aus Bukarest wird berichtet: Die Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes haben ihre Arbeiten beendet und verlassen Bukarest. Die Regierung erklärt in einer offiziellen Auslassung, mit den Vertretern des Völkerbundes über die Möglichkeit der Sanierung einig zu sein. Ueber die Aenderung des Umschuldungsgesetzes sei eine Einigung zwischen der Regierungspartei und der Regierung erzielt und den Vertretern des Völkerbundes mitgeteilt worden. Die neue Formel werde wahrscheinlich darin bestehen, daß den inländischen Gläubigern und Schuldnern eine anderthalbjährige Frist zur direkten Einigung eingeräumt wird. Während dieser Frist hätten keine Zahlungen zu erfolgen. In keinem Falle handele es sich um ein Auslandsmoratorium. Während der anderthalbjährigen Frist solle die Anwendung des Umschuldungsgesetzes der Regierung Jorga ausgesetzt werden.

Ausbildung der Jugend

Reichskuratorium für Jugenderüchtigung

Die Pläne, welche schon seit langem nach der Richtung bestanden, die mannigfaltigen Vereinigungen, welche sich der körperlichen Ausbildung der Jugend widmen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, haben nunmehr ihren organisatorischen Abschluß gefunden. Der Reichspräsident hat unter dem 13. Sept. 1932 folgenden, von dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Innern gegengezeichneten Erlaß an den Reichsminister des Innern gerichtet:

„Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Seit Jahren habe ich daher mit besonderer Anteilnahme alle Bestrebungen verfolgt, die ihrer körperlichen Ertüchtigung galten. Die Stählung des Körpers, die Erziehung der Jugend zur Zucht, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit sind Aufgaben, deren sich anzunehmen der Staat die Pflicht hat.

Ihre Lösung wird in der Zusammenarbeit mit allen Vereinigungen verschiedenster Art erfolgen können, die schon zuvor sich diesem Werk an der deutschen Jugend gewidmet haben, und denen ich für diese Arbeit danke.

Um für die Zukunft alle Kräfte, denen die körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend am Herzen liegt, zu gemeinsamer und einheitlicher Arbeit zusammenzufassen, berufe ich hiermit ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung.

Ich bestelle den Reichsminister des Innern zu seinem Vorsitzenden und



den General der Infanterie a. D. Edwin von Stülpnagel zum geschäftsführenden Präsidenten.

Ich beauftrage den Reichsminister des Innern, geeignete Persönlichkeiten, die auf diesem Gebiete besondere Erfahrungen besitzen, als Mitglieder des Kuratoriums zu berufen, mir die Satzungen zur Genehmigung vorzulegen und alle Maßnahmen zur Durchführung dieses Erlasses im Benehmen mit den sonst beteiligten Reichsministerien zu treffen.

gez. von Hindenburg,
gez. von Papen,
gez. Freiherr von Gayl.

Das mit diesem Erlaß berufene

Reichskuratorium für Jugendertüchtigung

soll nicht, wie es in der ergänzenden amtlichen Mitteilung heißt, in die Freiheit der bereits bestehenden Verbände eingreifen oder zu den Stellen, welche die Förderung von Turnen und Sport sich schon bisher zur Aufgabe gemacht haben, in irgendwelchen Gegensatz treten. In dem Reichskuratorium für Jugendertüchtigung sollen vielmehr Vertreter derjenigen Verbände zusammengefaßt werden, die — mögen sie auf beruflicher oder politischer oder konfessioneller Grundlage organisiert sein — daneben aber der körperlichen Ausbildung der Jugend ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt haben oder in Zukunft zuwenden werden. Diesen Verbänden soll ihre Arbeit vor allem dadurch erleichtert werden, daß

geeignete Lehrkräfte

herangebildet werden, die in der Lage sind, eine auch wirklich wertvolle Ausbildung zu vermitteln. Allgemeine Leibesübungen, Sport und Turnen sollen in den dafür bestehenden Vereinen selbstverständlich weiter betrieben werden.

Durch das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung soll hauptsächlich die Sportart gefördert werden, für die sich der Ausdruck

„Geländesport"

eingebürgert hat, d. h. diejenige sportliche Betätigung, die den jungen Mann aus den Turnhallen und von den Sportplätzen hinausführt in das freie Gelände, wo er in Wanderungen, in Ordnungsübungen und Geländespielen seinen Körper stählen und zur Willensstärke, Ausdauer, Selbstbeherrschung, Kameradschaftlichkeit und Opferbereitschaft erzogen, so seine Liebe zum gemeinsamen Vaterland und zum Boden der Heimat gestärkt werden soll.

Das Reichskuratorium für Jugenderziehung, an dessen Spitze der Reichsminister des Innern steht, wird seine Absichten und Pläne in engem Einvernehmen mit den Länderregierungen durchführen. Die Vertreter der Länderregierungen werden vom Reichsminister des Innern als Mitglieder des Kuratoriums berufen werden.

Vermehrung der Arbeitsgelegenheit

Unter dieser Ueberschrift wird aus Berlin folgende offiziöse Mitteilung verbreitet:

Der Reichsarbeitsminister hat zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 Vorschriften vorbereitet, die voraussichtlich am 15. September bekanntgegeben werden. Da diese Vorschriften für die Berechnung der Arbeitnehmerzahl und der Höhe der zulässigen Unterschreitungen der Tariflöhne von wesentlicher Bedeutung sind, wird es notwendig sein, daß die Betriebe vor weiteren Schritten den Erlaß der Durchführungsvorschriften abwarten.

Die SPD.-Reichstagsfraktion zur Wehrfrage

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt in einem Bericht über die am Mittwochnachmittag abgeschlossenen zweitägigen Beratungen der politischen Lage mit, daß in den Verhandlungen zur Aktion der Reichsregierung in der Wehrfrage einstimmig eine Erklärung angenommen worden ist, in der es u. a. heißt:

„Die Reichsregierung hält nun den Zeitpunkt für gekommen, für Deutschland die Freiheit zur Ausgestaltung seiner Wehrmacht zu beanspruchen. Die Sicherheit der Völker kann aber mit den Mitteln der militärischen Rüstung nicht erreicht werden. Insbesondere gilt dies für Deutschland angesichts seiner geographischen Lage und der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der anderen Länder. Die Sozialdemokratie hält deshalb die wehrpolitische Aktion der Reichsregierung für verfehlt. Diese Aktion birgt die Gefahr in sich, daß sie den anderen den Vorwand zu einem uferlosen Wettrüsten gibt, das am meisten die Sicherheit Deutschlands gefährden und die Völker in eine Katastrophe führen müßte. Nur eine Außenpolitik, die auf die Verteidigung der Völker auf dem Boden allgemeiner Gleichberechtigung auch die Erhaltung des Friedens und die internationale Abrüstung gerichtet ist, bürgt für die wirkliche Sicherheit."

Weiter heißt es in der Erklärung:

„Jeder Schritt im Sinne der deutschen Rüstungsnote, wie sie insbesondere durch zahlreiche Erklärungen des Reichswehrministers erläutert worden ist, birgt die Gefahr in sich, Deutschland in politische Isolierung zu führen, die Welt gegen Deutschland zusammenzuschweißen und das Versailler Diktat zu verewigen. Die sozialdemokratische Fraktion protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede Entfesselung nationalistischer und militaristischer Instinkte in allen Ländern, da sie darin eine Bedrohung der Freiheit der Arbeiterschaft und eine Gefährdung des Weltfriedens erblickt."

Nach dem Bericht hat am Schluß der Aussprache der Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Dr. Breitscheid, noch darauf hingewiesen, daß in den Verhandlungen zwar Meinungsverschiedenheiten über die taktische Behandlung von einzelnen Fragen sich gezeigt hätten, daß aber niemals der Geist der Kameradschaftlichkeit verletzt worden sei.

Fliegerfamilie Hutchinson in Angmagsalik

Die aus Seenot gerettete Fliegerfamilie Hutchinson ist an Bord des britischen Fischdampfers „Lord Talbot" wohlbehalten in Angmagsalik (Ostgrönland) eingetroffen.

Partei-Aufrufe

Das Zentrum

erläßt durch seine Reichsleitung und durch seine Reichstagsfraktion eine Kundgebung, in der es u. a. heißt:

Im Reichstag waren ausreichende und willige Kräfte vorhanden, um eine sachliche Zusammenarbeit zwischen Reichspräsident, Reichsregierung und Volksvertretung zu sichern, entsprechend der Auffassung, die der Reichspräsident seinerzeit ausgesprochen und bei seiner Vereidigung erhärtet hat: „Ich bin vom Volke gewählt, und der Reichstag ist vom Volk gewählt. Der Reichspräsident und der Reichstag gehören zusammen. Einer kann nicht ohne den andern sein."

Die Regierung von Papen aber arbeitete tatsächlich gegen das Zusammenwirken der arbeitsbereiten Kräfte im Parlament. Ihr Bemühen ging dahin, den Reichstag von vornherein als arbeitsunfähig zu erklären und ihn arbeitsunfähig zu machen. Sie braucht einen solchen Zustand, um ihr Daseinsrecht daraus herzuleiten. Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers mit Vertretern breiter Volksgruppen im Parlament sind von ihm zu einem seltsamen Doppelspiel benutzt worden.

Statt zusammenzuführen, spielte er die eine Gruppe gegen die andere aus.

Die Zentrumspartei hat sich mit beharrlicher Ausdauer um das Zustandekommen einer sachlich begründeten arbeitsfähigen Grundlage im neuen Reichstag bemüht. Um dieses Ziel zu erreichen, war sie bereit, Fühlung zu nehmen mit jeder Partei, die den Gedanken positiver Zusammenarbeit verantwortungsbewußt bejahte. Die Rechte des Herrn Reichspräsidenten sollten dabei voll geachtet, die Rechte der Volksvertretung gewahrt werden.

Unverrückbar stand vor uns die Aufgabe, mit allen Kräften zu verhüten, daß eine Regierung den Weg gefährlicher Experimente weiterging und damit der Zerrüttung unseres innerpolitischen Lebens Vorschub leistete.

Die Regierung von Papen hat ihren Willen durchgesetzt. Das ganze deutsche Volk wird die Folgen zu tragen haben, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, weil es einen dauernden Aufschwung des Wirtschaftslebens nur bei normalen und stabilen politischen Verhältnissen geben kann. Die Schuld fällt auf diese Reichsregierung.

Mag die Regierung von Papen das deutsche Volk heute durch Beseitigung der von ihm gewählten Volksvertretung erniedrigen. Der Augenblick wird kommen, wo ihre Unzulänglichkeit und Weltfremdheit jedem im Lande offenbar sein wird.

Für diese Stunde gerüstet zu sein und in wahrer Verantwortung für das Vaterland das Notwendige vorbereiten, ist die Aufgabe der Deutschen Zentrumspartei.

Unser Weg war gewiesen durch die Treue zum Grundsatz des Staates und die unverbrüchliche Verbundenheit mit dem gesamten Volk, dessen staatsbürgerliche Freiheit, soziale und kulturelle Grundrechte zu wahren wir verpflichtet sind.

Wenn jetzt wieder unter dem beklagenswerten Zustand erneuter Volkszerklüftung deutsche Volksgenossen in aufwühlendem Kampfe gegeneinander vorgehen, werden wir als christliche Volkspartei diejenigen um uns sammeln, die in Autorität und Freiheit, in Recht und Gerechtigkeit Staat und Volkstum nach innen wie nach außen festigen wollen.

Für Volksfrieden, nationale und soziale Gemeinschaft, für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Eine Kundgebung Hugenbergs

Dr. Hugenberg hat im Namen der Deutschnationalen Volkspartei einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

Der fünfte Wahlkampf dieses Jahres scheint bevorzustehen. Die Deutschnationale Volkspartei ist für diesen Kampf bereit. Nicht persönlicher Ehrgeiz, nicht Parteigeist, nicht alte Gegensätze dürfen in dieser Stunde das nationale Deutschland leiten, sondern nur der Blick auf unsere heilige Sache, auf das in allen Wechselfällen eisern festgehaltene Ziel. Wir rufen alle nationalen Deutschen in Stadt und Land, die mit uns für die Befreiung von den Fesseln von Versailles, für Wehrfreiheit, für Brot und Arbeit, für christlich-deutsche Kultur und für die Zukunft unserer Kinder kämpfen. Ihnen allen sind unsere Tore weit geöffnet.

Wir wenden uns auch an unsere alten Bundesgenossen innerhalb der NSDAP. Den Youngplan haben wir zusammen leidenschaftlich bekämpft. Gegen die Schwarzen und gegen die Roten gilt es. Gegen das System Brüning haben wir Schwüre ausgetauscht. Wir blieben uns treu. Es ist eine unbegreifliche Verirrung, wenn die nationalsozialistische Fraktion nicht nur die Rufe des Zentrums, sondern sogar der Sozialdemokraten und Kommunisten und die Waffen des Parlamentarismus gegen das heutige Kabinett in Anspruch nimmt. Zu den Waffen, mit denen Nationalsozialisten diesen blinden und wunderlichen Kampf führen, gehören viele alte marxistische Schlagworte, darunter das Wort „Reaktion".

Ist Reaktion die Reinigung des preußischen Staats? Ist Kampf für Wehrfreiheit Reaktion? Ist Arbeitsbeschaffung Reaktion? Reaktion ist heute die Herrschaft der Parteien und der Bonzen. Solange das System von Weimar besteht, müssen wir Partei sein. Aber in dem Maße, in dem das Morgenrot eines organischen Volksstaates aufsteigt, fühlen wir uns als das, was wir im tiefsten Grunde sind, nämlich als die Träger der künftigen Volksgemeinschaft. Den jetzt kommenden Wahlkampf führen wir nicht als Partei, sondern als politische Armee des neuen Staates. Dieser neue Staat ist die heimliche Sehnsucht von Millionen, die heute noch in der Knechtschaft der Parteien gebunden sind.

Die SPD.

veröffentlicht einen Aufruf, der vom Vorstand unterzeichnet ist, und in dem u. a. ausgeführt wird:

Um zur Macht zu gelangen, haben die Nationalsozialisten geduldet, daß die Papen-Regierung die Unterstützungen der Sozialrentner, der Kriegsopfer und der Arbeitslosen in der brutalsten Weise kürzte. Sie hätten auch den Angriff auf die Löhne und das Tarifrecht geduldet, wenn nicht ihr Bestreben, in den Alleinbesitz der Macht zu gelangen, gescheitert wäre. Nur weil Hitler nicht Reichskanzler wurde, begannen sie den Angriff auf die Regierung Papen.

Das Kapital sieht jetzt den Zweck erfüllt, für den es die Hitler-Partei finanziert hat: durch seine Hetze gegen die Marxisten hat Hitler es den Kapitalisten ermöglicht, ihre wirtschaftlichen Forderungen gegen die Arbeiter durchzusetzen. Nun mag der treue Kapitalknecht Hitler den Platz frei machen für höher Geborene, man bedarf seiner nicht mehr.

Das Volk aber erkennt jetzt: Solange die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Reichstag war, konnte der Kapitalismus die Grundrechte der Arbeiterklasse nicht antasten. Jetzt, wo die Nationalsozialisten die stärkste Partei geworden sind, sind 230 nationalsozialistische Abgeordnete kein Hindernis für das Scharfmachertum, die Interessen des Proletariats mit Füßen zu treten.

Getreu ihrer geschichtlichen Aufgabe stellt sich die Sozialdemokratie wieder an die Spitze im Kampf um die politische Freiheit und um seine sozialen Grundrechte. Sie ruft zur sozialistischen Offensive: Ueberwindung der Krise nicht durch Lohnabbau und Geschenke an die Privatwirtschaft, sondern durch sozialistischen Aufbau einer planmäßig geleiteten Wirtschaft. Die Anträge, die die Sozialdemokratie im aufgelösten Reichstag gestellt hat, zeigen den Weg. Sie fordern Verstaatlichung der Schlüsselindustrie, der Großbanken sowie aller staatlich subventionierten Betriebe.

Die Sozialdemokratie führten den schärfsten Abwehrkampf gegen die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse, die durch die jüngsten Notverordnungen auf die Spitze getrieben wird. Sie richtet ihren Hauptstoß gegen den Lohnabbau und die Bedrohung des Arbeitsrechts. Sie ruft zum Volksentscheid auf, um mit dieser Waffe die Beseitigung der sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung zu erzwingen. Das ganze Volk soll sprechen, unmittelbar, unmißverständlich! An der Wucht dieser Entscheidung soll der Versuch der Sozialreaktion zerschellen.

Die Diktatur von rechts kann aber nur geschlagen werden, wenn die ganze Arbeiterklasse entschlossen ist, den Kampfboden der Demokratie zu behaupten und sich nicht den Diktatur-Illusionen von links hingibt. Nur weil ein Teil der Arbeiterklasse vom gemeinsamen Kampf abgespalten worden ist, konnte die Reaktion in Deutschland zu ihrer jetzigen Macht erstarken! Als Hüterin der wirtschaftlichen und politischen Rechte der arbeitenden Massen ruft die Sozialdemokratie das ganze deutsche Volk zum entscheidenden Kampf gegen politische Diktatur und wirtschaftliche Versklavung. Ebenso wie politische Freiheit mit sozialem Fortschritt verbun-

Die Lage in Preußen

Koalitionspolitisch und staatsrechtlich

Eine Berliner Morgenzeitung hatte am Mittwoch die Behauptung aufgestellt, daß zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten eine Koalitionsverständigung in Preußen bereits erzielt sei und daß auf Grund dieser Vereinbarungen der jetzige stellvertretende Reichskommissar Dr. Bracht als Vertrauensmann des Zentrums Ministerpräsident werden solle, während unter anderem das Innenministerium und der Posten des Berliner Polizeipräsidenten an die Nationalsozialisten fallen würden. In maßgebenden politischen Kreisen werden diese Behauptungen als eine „kommunistische Zweckmeldung" zurückgewiesen, und auch in zuständigen parlamentarischen Kreisen wird das Nachrichtenbüro des VdZ ermächtigt, festzustellen, daß an derartigen Behauptungen kein wahres Wort sei. Es wird dabei betont, daß bisher die Koalitionsbesprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen überhaupt noch nicht wieder aufgenommen seien.

Nun sei in der Erörterung der Auswirkungen der Reichstagsauflösung auf Preußen auch die Vermutung aufgetaucht, daß ein neuer staatsrechtlicher Konflikt mit der Reichsregierung entstehen könnte, wenn der Preußische Landtag einen Ministerpräsidenten wählte, ohne sich vorher mit dem als Reichskommissar in Preußen amtierenden Reichskanzler in Verbindung gesetzt zu haben. Hierzu hört das Nachrichtenbüro des VdZ, daß von einem solchen Konflikt gar keine Rede sein würde. Es sei darauf hinzuweisen, daß der Reichskanzler als Reichskommissar für Preußen selbst in neuerlichen amtlichen Veröffentlichungen, z. B. dem Staatsrat gegenüber, nicht mehr vom Ministerpräsidenten „a. D." Braun, sondern vom Ministerpräsidenten Dr. Braun und den Staatsministern des Kabinetts Braun spreche, die „von der Ausübung ihrer Amtsobliegenheiten entbunden" worden seien. Danach stelle sich auch die kommissarische Regierung auf den Standpunkt, daß von einer Absetzung des Kabinetts Braun nicht die Rede sei. Nur leite für das von „der Ausübung" der Amtspflichten entbundene Kabinett Braun der Reichskommissar mit seinen Mitarbeitern die Geschäfte. In diesem Zusammenhang sei noch zu erwähnen, daß Ministerpräsident Braun und die Staatsminister seines Kabinetts weiterhin die vollen Bezüge eines aktiven Ministers erhielten, einschließlich der Nebenbezüge, die, wie die Dienstaufwandsentschädigung, nur aktiven Beamten zu gewähren seien. Ferner sei es dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern durchaus gestattet, die Dienstwohnungen und Dienstkraftwagen zu benutzen, wenn die Mitglieder der Regierung Braun hiervon auch jetzt keinen Gebrauch machten.

Würde nunmehr der Preußische Landtag in der nächsten Zeit — was man als unwahrscheinlich bezeichnen muß — einen Ministerpräsidenten wählen, so würde nach der staatsrechtlichen Auffassung maßgebender parlamentarischer Kreise die Mission des Reichskommissars beendet sein. Denn der Reichskommissar sei ja lediglich eingesetzt worden, weil in Preußen damals nur eine geschäftsführende Regierung und nicht eine solche bestand, die entsprechend den Bestimmungen der Verfassung von einer Landtagsmehrheit gestützt wird. Im Falle der Neuwahl des Ministerpräsidenten hätte Ministerpräsident Braun die verfassungsrechtliche Aufgabe, dem neuen Ministerpräsidenten die Geschäfte zu übergeben, weil dann die amtlichen Funktionen des Kabinetts Braun endgültig erledigt seien. Der Reichskommissar würde in diesem Falle zusammen mit dem endgültigen Ausscheiden des Kabinetts Braun, für das er die Geschäfte geführt habe, ohne weiteres seine Aufgabe als beendet ansehen können.

Bauernvereine zur Ankurbelung der Wirtschaft

Vom 12. bis 14. September 1932 tagten in Berlin der Vorstand und verschiedene Ausschüsse der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine. Uebereinstimmend kam zum Ausdruck, daß zwar die Regierungsmaßnahmen das ernste Bestreben erkennen ließen, die zur Wiederbelebung unserer Wirtschaft erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, aber doch im wesentlichen auf die Bedürfnisse der Großindustrie eingestellt seien. Die Bauernvereinsmitglieder wiederholten daher mit Nachdruck die seit langem vertretene Forderung, daß der Ueberschüttung unserer Märkte mit ausländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch das Mittel der Einfuhrkontingentierung Einhalt getan werde, und daß ferner auf dem Gebiete der Steuerpolitik und der Zins- und Lastensenkung diejenigen Maßnahmen ergriffen werden, die erforderlich seien zur Erhaltung der Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft. — Diese Forderungen fanden ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschließung.

den ist, ist Diktatur unlöslich verknüpft mit sozialer Reaktion.

Weg deshalb mit jeder Diktatur, weg mit Papen, weg mit Hitler!

Wir führen den Kampf für die Freiheit, den Kampf für den Aufstieg der arbeitenden Massen!

Gegen das Reich der Reichen, für das Vaterland der Armen! Für ein freies Deutschland, für Demokratie und Sozialismus!

Macdonald bereitet einen Kompromißvorschlag vor

Der Korrespondent des „Echo de Paris" in London berichtet seinem Blatte, daß Macdonald einen Kompromißvorschlag vorbereite, der Berlin wie Paris in der Frage der Gleichberechtigung zufriedenstellen soll. Möglicherweise würde die englische Mitteilung nicht auf gewöhnlichem diplomatischen Wege erfolgen, sondern bei einer Konferenz. Die englische Regierung zeige deutlich die Neigung, die Zuständigkeit des Völkerbundsrates für diese Verhandlungen abzulehnen, und halte in diesm Falle eine Konferenz englischer, französischer, deutscher, italienischer, amerikanischer, belgischer, japanischer und wahrscheinlich auch polnischer Delegierter für zweckmäßig.

Noch eine italienische Stimme

In einem Leitartikel setzt sich Tevere in Rom für die Notwendigkeit ein, daß Deutschland seine Gleichberechtigung auf allen Gebieten zurückerhält. Die juristische und politische Inferiorität, in der Deutschland durch den hartnäckigen und kalten imperialistischen Willen Frankreichs belassen werde, sei nicht nur absurd, sondern geradezu skandalös. Die schwere Notlage Europas sei im Grunde nur die Folge dieser absurden Lage eines großen Volkes, das durch einen unvernünftigen und blinden Imperialismus in dieser Zwangslage erhalten werde. Auch die inneren Zerwürfnisse des deutschen Volkes seien eine Folge der Bleikugel, die diese Nation nach dem Willen derer mit sich schleppen müsse, die für immer die Geschichte durch einen schlechten Vertrag ersetzen wollen, obwohl sie die Folgen desselben beobachten könnten: Europa in seiner Einheit erschüttert, das soziale und wirtschaftliche Leben vergiftet, überall moralische und politische Unordnung. Solange die große politische Einheit Europas Deutschland nicht wieder in absoluter Gleichheit der Rechte und Pflichten in das Leben des Kontinents aufgenommen habe, solange seine Souveränität und Unabhängigkeit gemindert werde, solange der Völkerbund nicht ein Bund Gleichgestellter sei im Zeichen jeglicher Zusammenarbeit von politischer Versklavung befreiter Völker, solange werde nicht der Tag für ein wieder erstarktes Europa anbrechen. Es sei möglich, daß die Wiedererlangung der Gleichberechtigung für Deutschland eine historische Notwendigkeit bedeute, die nicht dem üblichen Formalismus, der den Franzosen so teuer sei, unterworfen werden dürfe.

Herriot will hartnäckig bleiben

Im Zusammenhang mit den kürzlichen Londoner Besprechungen zwischen dem amerikanischen Botschafter und dem englischen Außenminister einerseits sowie zwischen diesem und dem französischen Botschafter andererseits meldet Havas, daß die Haltung Englands gegenüber der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung eingehend erörtert worden sei. Der Londoner Sonderberichterstatter der Agentur Havas will dazu aus zuverlässigen Kreisen erfahren haben, daß die englische Regierung noch vor Ablauf dieser Woche „eine in dieser Richtung gehende Initiative ergreifen wird". Die französische Regierung sei fest entschlossen, ihre Haltung gegenüber der deutschen Gleichberechtigungsforderung nicht zu ändern, gleichgültig, wie sich die Regierungen Amerikas und Englands dazu stellen sollten.

Gorguloff hingerichtet

Aus Paris, 14. Sept., wird gemeldet: Auf dem Boulevard Arago vor dem Sante-Gefängnis ist heute früh kurz nach Sonnenaufgang (5.52 Uhr) die Hinrichtung Gorguloffs, des Mörders des Präsidenten der Republik, Paul Doumer, erfolgt.

Die Nachricht von der bevorstehenden Hinrichtung hatte zahlreiche Neugierige angelockt, aber eine große Absperrungskette, die 400 Meter von der Stelle, wo die Guillotine aufgebaut war, begann, ließ nur die mit besonderen Karten versehenen Personen, die der Hinrichtung amtlich beiwohnen mußten, näher herankommen. Die Aufstellung der Guillotine durch die in weiße Leinenanzüge gekleideten Henkersknechte erfolgte während der Nacht. Der Hinrichtung wohnte auch ein Pope der griechisch-orthodoxen Kirche bei, der Gorguloff in den letzten Minuten seines Lebens religiösen Beistand leistete.

Eine weitere Meldung aus Paris berichtet: Gorguloff starb, ohne seine Frau noch einmal gesehen zu haben.

Mittwoch früh wurde er vom Vertreter des Staatsanwalts, der von Justizbeamten begleitet war, geweckt. Er schlief in der Zelle der zum Tode Verurteilten. Hier wurde ihm feierlich eröffnet, daß seine Begnadigung abgelehnt worden sei.

Gorguloff wurde dann fürs Schafott hergerichtet: Man schnitt ihm den Hemdkragen ab und bereitete ihn auf seinen letzten Gang vor. Auf dem Wege zur Richtstätte sprach Gorguloff viel von seiner Frau und bat seine Begleitung, man möge ihr doch sagen, daß er sie stets geliebt habe und daß er sie für alles um Verzeihung bitte, was er ihr antat. Sie möge das Kind, das sie in einigen Wochen erwarte, gut, d. h. in seiner Ideenwelt aufziehen.

Gorguloff trank noch zwei Gläser Rum, die man ihm anbot, die traditionelle Zigarette lehnte er jedoch ab. Dann umarmte er den griechisch-orthodoxen Geistlichen und bestieg das Schafott. Noch einmal rief er aus: „Ich bitte alle um Verzeihung". Seine letzten Worte waren: „Rußland, Rußland, oh mein Vaterland!"

Wieder ein ängstlicher Franzose

Der Berliner Berichterstatter des „Journal" schreibt zu der durch Verordnung geschaffenen Einrichtung des „Reichskuratoriums für Jugenderziehung", daß es sich um eine verkappte militärische Ausbildung der Jugend handele. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die neue Organisation nur dazu geschaffen sei, dem stehenden Heer einen in jeder Beziehung militärisch ausgebildeten Organismus zur Seite zu stellen. Es sei sehr wahrscheinlich, daß dieser Organismus die Reserven für die von der Reichsregierung beabsichtigte Bürgerwehr liefern werde. In ausländischen diplomatischen Kreisen Berlins sei man der Auffassung, daß dieser neue Gesetzeserlaß des Reichspräsidenten mit den Militärklauseln des Versailler Vertrages nicht in Einklang gebracht werden könne.

Maßnahmen zur Aufwertung des belgischen Getreidepreises

Aus Brüssel wird berichtet: Die von der Landwirtschaft geforderte Aufwertung des Getreidepreises hat im letzten Ministerrat zu dem Beschluß geführt, daß in Zukunft 10 Prozent und ab 1. Januar 1933 15 Prozent einheimischen Weizens bei der Brotfabrikation vermahlen werden muß. Dadurch soll die einheimische Weizenproduktion vor der Unterbietung des Auslandes geschützt werden. Das ausländische Getreide ist durch Färbung kenntlich zu machen, um eine Umgehung der neuen Vorschriften unmöglich zu machen. Ein allgemeines Einfuhrverbot für Brotweizen ist nur für die Zeit des Ueberganges bis zur Durchführung der genannten Maßnahmen vorgesehen, um eine Voreinfuhr zu verhindern. Die Verwirklichung des vom Ministerrat gefaßten Beschlusses steht noch aus.

Kleine politische Nachrichten

Länderbesprechungen über Steuergutscheine

Auf Freitag vormittag sind im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Vertretern der Länderregierungen über sozialpolitische Fragen aus der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft angesetzt. Diese Konferenz, auf der die beteiligten Reichsressorts vertreten sein werden, wird sich vor allem mit dem Problem der Steuergutscheine beschäftigen.

Auflösung des Hessischen Landtages beantragt

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Hessischen Landtag den Antrag eingebracht, für den Fall einer Reichstagsneuwahl den sechsten Hessischen Landtog gemäß Artikel 24 der hessischen Verfassung in der Fassung des Gesetzes vom 28. März 1928 aufzulösen. Die Neuwahlen zum Hessischen Landtag sollen zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden.

Die politische Lage in Danzig

Aus Danzig wird berichtet: Die Regierungsparteien beschäftigten sich mit der durch Anträge der Nationalsozialisten entstandenen Lage. Sie beschlossen einmütig, einen Antrag auf Auflösung des Volkstages aus innen- und außenpolitischen Gründen unter allen Umständen abzulehnen.

Der paraguayische Außenminister an den Völkerbund

Der Außenminister von Paraguay, Justo Pastor Benitez, richtete an den Generalsekretär des Völkerbundes folgendes Telegramm:

„Die Kommission der neutralen Staaten hat ihre Vermittlungsversuche bis heute fortgesetzt. Wir wenden uns nunmehr an den Völkerbund. Wir haben sämtliche vorgeschlagegen Maßnahmen zur Beseitigung des Konfliktes auf friedlichem Wege angenommen wie die Einsetzung eines Schiedsgerichts oder die Unterbreitung des Streitfalles im Haag. Auch heute sind wir geneigt, den Konflikt beizulegen. Wir glauben, daß Paraguay seine vertraglichen Pflichten als Mitglied des Völkerbundes eingehalten hat."

Umsturz auf Umsturz in Chile

Wie aus Santiago de Chile, 13. Sept., gemeldet wird, hat Präsident Davila nach dem gegen ihn verübten Handstreich in der Botschaft der Vereinigten Staaten Zuflucht gesucht.

Eine Meldung aus Santiago de Chile vom 14. Sept. lautet: Oberst Merino, der nach dem Rücktritt des Präsidenten Davila eine provisorische Regierung gebildet hatte, ist geflüchtet und hat sich auf dem Flugplatz Elbosque verbarrikadiert. In aller Eile hat sich eine Junta aus Führern der Armee gebildet, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, da es den Anschein hat, als ob Davila versuchen könnte, die Macht wieder an sich zu reißen. Der provisorische Präsident, General Blanco, ist zurückgetreten.

Die dreifache Mordtat im Walde bei Putbroek vor dem Berufungsgericht

Die Strafkammer des Landgerichts Herzogenbusch hat in einer Berufungsverhandlung über das Schicksal des Jagdaufsehers van Elzen aus Posterholt und seines Sohnes entschieden, die bekanntlich vom Strafgericht Roermond als Verüber des sensationellen dreifachen Meuchelmordes im holländisch-deutschen Grenzwald von Putbroek zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Das Berufungsgericht schloß sich im großen und ganzen der ersten Instanz an, die bekanntlich den Vater van Elzen zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte. Bei dem Sohn van Elzen nahm das Gericht jedoch eine Herabsetzung des Strafmaßes von acht auf sechs Jahre vor. Die Verurteilten erklärten, daß sie sich mit diesem Urteil nicht zufrieden geben und die Revisionsinstanz anrufen wollen. Der Revisionsprozeß wird, falls ihm stattgegeben werden sollte, vor dem Hohen Rat der Niederlande im Haag abgehalten werden müssen.

Aushebung einer Geheimdruckerei in Berlin — Sieben Personen verhaftet

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Der politischen Polizei gelang es, eine kommunistische Geheimdruckerei, in der ein Ersatzblatt für die „Rote Fahne" hergestellt wird, aufzuheben. Dabei wurden mehr als 50 000 bereits fertiggestellte Exemplare der „Roten Sturmfahne" beschlagnahmt. Sieben Personen wurden noch bei der Druckarbeit von den Beamten überrascht, festgenommen und der Abteilung 1 eingeliefert. Einer der Festgenommenen versuchte sich seiner Einlieferung dadurch zu entziehen, daß er beim Transport aus dem in voller Fahrt befindlichen Personenkraftwagen heraussprang und fortlief. Den Beamten gelang es jedoch noch, den Flüchtigen wieder einzufangen. Die „Rote Fahne" stellt seit Jahren das hauptsächlichste illegale Organ der Kommunistischen Partei dar. Sie erscheint vornehmlich in größeren Auflageziffern unter dem Zeichen der „Roten Fahne". Der Inhalt des heute beschlagnahmten Blattes trägt hochverräterischen Charakter; er fordert zum Massenstreik auf und beschimpft in bisher unerreichter Weise Regierung und Staatsbeamte. Als Druckvermerk ist eine nicht existierende Firma in Düsseldorf angegeben. Die Druckerei ist polizeilich geschlossen. Ein Strafverfahren wegen Hochverrats wird gegen die Festgenommenen eingeleitet.

Ein Polizeibeamter von einem Fahrraddieb niedergeschossen — Der Mörder entleibt sich selbst

Der 36jährige Polizeioberwachtmeister Otto Tiegs wurde in Wilmersdorf von einem Fahrraddieb, den er verfolgt hatte und festnehmen wollte, niedergeschossen und getötet. Der Täter, dessen Personalien noch nicht feststehen, erschoß sich dann selbst.

Uralzeff der Hehlerei angeklagt

Vor dem Schöffengericht Schöneberg wurde erneut der bereits mehrfach vertagte Einbruchsdiebstahl in der Villa des Bankdirektors Pahler aus Zehlendorf verhandelt. Bei diesem Einbruchsdiebstahl wurden neun echte Perserteppiche im Werte von 20 000 Mark gestohlen und vier davon nach Dresden geschafft, wo sie von dem aus dem Raiffeisen-Prozeß bekannten Uralzeff erworben wurden. Außer Uralzeff hat sich auch der Kaufmann Julius Bedenk wegen Hehlerei zu verantworten, während dem Kaufmann Otto Kallies und zwei weiteren Angeklagten der Einbruchsdiebstahl zur Last gelegt wird. Für die Verhandlung sind zwei Tage angesetzt.

Keine Einstellung des Verfahrens gegen Max Sklarek

Wie die Justizpressestelle Berlin mitteilt, hat das Kammergericht als Beschwerdeinstanz den Antrag des Max Sklarek, das gegen ihn schwebende Strafverfahren wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit vorläufig einzustellen, zurückgewiesen.

Zug mit Fremdenlegionären in eine Schlucht gestürzt — 50 Tote, 80 Verletzte

Havas meldet am 14. Sept. aus Oran: Ein Zug, der 510 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Fremdenlegion von Bel-Abbes nach Udschda beförderte, ist heute nachmittag in der Gegend von Tlemcen in eine Schlucht gestürzt. Nach den ersten Meldungen sind 50 Tote und 80 Verletzte zu verzeichnen. Die Katastrophe soll auf einen durch starke Regengüsse verursachten Bahndammrutsch zurückzuführen sein.

Luftfahrt tut not!



Um den Fluggedanken noch mehr als bisher auch in die Schülerkreise zu tragen, hat der Aroklub von Deutschland 200 Berliner Jungen zu einem Rundflug über Berlin in Sportflugzeugen eingeladen. Unser Bild zeigt die glücklichen Jungen vor einer der Maschinen, die ihnen selbstverständlich auch in ihren technischen Einzelheiten genau erklärt wurden

Maxim Gorki in Berlin



Der berühmte russische Dichter Maxim Gorki, der demnächst das Jubiläum seiner 40jährigen Tätigkeit als Schriftsteller feiern kann, weilt gegenwärtig zu einem Erholungsurlaub in einem Sanatorium in Berlin-Grunewald, wo ihn auch unser Bild zeigt

Spanienreise Herriots

Laut „Temps" wird Ministerpräsident Herriot einer Einladung der spanischen Regierung folgend, eine Reise nach Spanien unternehmen. Der Madrider Zeitung „El Deraldo" zufolge wird Herriot am 3. oder 4. Oktober eintreffen.

Unglückschronik

Explosion in den Continental Gummiwerken Hannover

Aus Hannover wird gemeldet: Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache explodierte in der Materialwerkstatt der Continental Gummiwerke eine Azetylen-Flasche. Ein unmittelbar in der Nähe stehender Schweißapparat flog ebenfalls in die Luft. Durch den starken Luftdruck wurde das Dach der Werkstatt abgehoben und die gesamte Einrichtung stark beschädigt. Einige Personen sind leicht verletzt worden. Die Höhe des Schadens ist noch nicht zu übersehen.

Schulschließung wegen spinaler Kinderlähmung

Sämtliche Eberswalder (Mark) Schulen sind bis zum 12. Oktober geschlossen worden, um einer weiteren Verbreitung der spinalen Kinderlähmung vorzubeugen.

Zwei Motorkutter in Seenot

Aus Wilhelmshaven wird gemeldet: Am Sonnabend sind zwei Fischer mit je einem Motorkutter von Wilhelmshaven aus zum Krabbenfang in See gefahren. Da die Schiffe bisher nicht heimgekehrt sind, nimmt man an, daß sie in Seenot geraten sind. Nachforschungen sind bis jetzt ergebnislos geblieben. Beide Kutter hatten je zwei Mann Besatzung.

Unfall eines deutschen Torpedobootes im Kleinen Belt

Aus Odense kommt die Meldung: Ein starkes Torpedoboot, das zur deutschen Flottenabteilung gehörte, die dieser Tage Skagen besuchte, rannte nachts mit voller Kraft auf einen der Strompfeiler der Brücke über den Kleinen Belt. Ein Gefechtsturm des Torpedobootes wurde abgerissen und das Boot erlitt auch sonstige Beschädigungen. Es mußte von zwei anderen Torpedobooten [illegible] werden.

Sechs Bauernhöfe niedergebrannt

Aus Straßburg wird berichtet: In dem Anwesen des Landwirtes Jaeg in Hüttenheim brach, vermutlich infolge eines schadhaften Kamins, Feuer aus, das sechs große Bauernhöfe in Asche legte. Sämtliche Erntevorräte wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden beziffert sich auf rund 700 000 Franken.

Weitere Todesopfer der „Observation"-Katastrophe geborgen

Aus Newyork, 14. September, wird gemeldet: An der Mündung des East River wurde eine weitere Anzahl von Leichen angetrieben, die als Verunglückte des untergegangenen Fährbootes „Observation" identifiziert werden konnten. Die Zahl der festgestellten Todesopfer der Katastrophe hat sich damit auf 64 erhöht. Ob sämtliche Leichen damit bereits geborgen sind, ist noch nicht bekannt.

Bullus und Rüttchen bei den Hohensyburg-Rennen

Trotz der Hemmungen, die sich der diesjährigen Durchführung des Hohensyburg-Rennens entgegenstellten, findet, wie neuerdings gemeldet wird, das Rennen dennoch statt und weist sogar ein ganz hervorragendes Nennungsergebnis auf. Obwohl erst am kommenden Sonntag Nennungsschluß ist, kann heute schon gesagt werden, daß die prominentesten deutschen Fahrer zum Hohensyburg-Rennen am 25. September am Start erscheinen werden. Unter ihnen befindet sich auch Bullus, der ungekrönte Meisterfahrer Europas. Ebenfalls hat Rüttchen, der Sieger im Schleizer Dreieckrennen vom letzten Sonntag gemeldet. Die Streckenarbeiten sind nahezu beendigt. Ueberall ist an den wichtigsten Punkten durch Aufbauten für eine gute Unterbringung des Publikums Sorge getragen.

Kongreß der Internationalen Bergarbeiter-Föderation

Der 13. Kongreß der Internationalen Bergarbeiter-Föderation wurde in London eröffnet. 150 Delegierte aus England, Frankreich, Deutschland, Belgien, Holland, Schweden, Oesterreich, Polen und der Tschechoslowakei nehmen an dem Kongreß teil.

Der Präsident **Dujardin** (Belgien) erklärte in seiner Rede, die Arbeiter könnten für die schlechte Organisation der Kohlenproduktion der Welt nicht verantwortlich gemacht werden. Die Arbeitgeber hätten versagt. Die Weltkrise sei seit dem letzten Kongreß außerordentlich verschärft. Sie sei in der Kohlenindustrie ärger als in einem anderen Wirtschaftsgebiet. Dujardin wandte sich dann gegen die kommunistische Propaganda, die die Arbeiter nur zersplittere. Das Ziel der 3. Internationale sei nicht die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter und die Unterstützung ihrer gesetzlichen Forderungen, sondern revolutionäre Propaganda. Die Gefahr sei in Deutschland deutlich zutage getreten, wo sich der Kommunismus gegen die Sozialdemokratie gewandt habe. Mit bezug auf die Ansammlung riesiger Kohlenvorräte in den verschiedenen Ländern betonte Dujardin, daß eine internationale Regelung der Kohlenmärkte dringend notwendig sei.

Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, **Staal**, bedauerte, nicht in der Lage zu sein, die Ratifizierung der internationalen Arbeitsstundenkonvention durch alle in der Konvention genannten sieben Länder mitteilen zu können. Das einzige Land, das bisher ratifiziert habe, sei Spanien. Für Ende des Monats sei eine Sitzung des Verwaltungskörpers des Internationalen Arbeitsamtes einberufen, die die Möglichkeit einer besonderen technischen Konferenz über die Arbeitsstundenfrage erwägen solle. Die Ratifizierung sei nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Schaffung eines Arbeitsstundenstandards für alle Bergwerke Europas und ein erster Schritt auf dem Wege aus der gegenwärtigen kritischen Lage.

Die amerikanischen Delegierten waren auf der Konferenz nicht vertreten, da sie bereits im August nach London gekommen waren und inzwischen wegen der Verschiebung des Kongresses die Heimreise angetreten hatten.

Wie der Sekretär des Kongresses mitteilt, sind Resolutionen in Vorbereitung, die eine Verstaatlichung der Bergwerke sowie die baldige Ratifizierung der internationalen Arbeitsstundenkonvention fordern. Der Sekretär fügte hinzu, die Bergarbeiter sollten sich auch der internationalen Bewegung zugunsten der 40-Stunden-Arbeitswoche anschließen.

Die Aufteilung der Bezirke der aufgehobenen Amtsgerichte

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird in der am 14. September 1932 ausgegebenen Nummer 51 der preußischen Gesetzsammlung eine Verordnung über die Aufteilung der Bezirke der aufgehobenen Amtsgerichte veröffentlicht. Die Bezirksänderung gilt in den Fällen, in denen der Bezirk eines aufgehobenen Amtsgerichtes auf mehrere aufnehmende Amtsgerichte verteilt wird,

1. für die nach dem 30. September 1932 aus den Bezirken der aufgehobenen Amtsgerichte neu anhängig werdenden Sachen,

2. für die bis zum 30. September 1932 bei den aufgehobenen Amtsgerichten anhängig gewordenen Sachen, soweit diese zur Zuständigkeit der Aufwertungsstelle, des Grundbuchamtes, des Registerrichters oder des Vormundschaftsrichters gehören oder es sich um Kreditbeschaffungssachen, Stiftungssachen, Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungssachen handelt.

Wiederaufnahmeantrag Prof. Deyckes im Lübecker Calmette-Prozeß?

Der im Lübecker Calmette-Prozeß verurteilte Professor Deycke hält sich seit einiger Zeit in Stuttgart auf.

Von privater Seite ist ihm ein chemisches Laboratorium zur Verfügung gestellt worden, in dem er bakteriologische Versuche durchführt. Seine Arbeiten sollen soweit fortgeschritten sein, daß sie demnächst zum Abschluß kommen. Prof. Deycke hofft dann, mit einem Wiederaufnahmeantrag durchdringen zu können.

Sprengstoffanschlag in Weißenhorn

Auf das Anwesen des Amtsanwalts des Weißenhorner Amtsgerichtes, Weber, wurde nachts eine Wurfmine geworfen. Die Explosion richtete großen Sachschaden an; verletzt wurde jedoch glücklicherweise niemand. Die Wurfmine war 7,5 Zentimeter lang und wurde mittels einer zwei Meter langen Zündschnur zur Explosion gebracht. Die Hauswand hat ein recht großes Loch davongetragen. Die Erschütterung war auch in den umliegenden Straßen zu spüren. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen haben bisher noch zu keinem Anhaltspunkt geführt. Auch das Motiv der Tat ist unbekannt.

Klageerhebung gegen vier Vorstandsmitglieder Kreuger u. Toll

Aus Stockholm wird berichtet: Die Konkursverwaltung Kreuger u. Toll hat ihren Bericht veröffentlicht. In dem Bericht wird vier Mitgliedern dieses Unternehmens vorgeworfen, an Transaktionen zweifelhafter Natur teilgenommen zu haben. Dazu berichtet Nya Dagligt Allehanda, daß diese vier Vorstandsmitglieder vor Gericht gestellt werden sollen. Die damit verbundenen umfangreichen Vorarbeiten dürften indes noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Das Thüringer Meer

Von J. Kehling

Der schönsten Täler eins in deutschen Gauen ist das Tal der Saale von Halle stromaufwärts. Zahllose Lieder erklingen zum Lobe des herrlichen Tales bis hinauf nach Saalfeld, wo stolze Schlösser, malerische Burgen und berühmte Stätten der Wissenschaft sich in den Fluten des Flusses spiegeln. Was aber oberhalb von Saalfeld liegt, ist fast noch unbekanntes Land. In tiefer, enger, vielgewundener Schlucht schlängelt sich hier die Saale durch die grünen Berge. Oft gibt es am steilen Ufer nur Platz für einen schmalen Fußpfad, und selten nur trifft man auf ein verträumtes Dörfchen. In dieser Gegend nähert sich jetzt ein Werk der Vollendung, das in diesem Tale Thüringens ein ganz neues Landschaftsbild schafft. Hier entsteht das „Thüringer Meer", die Bleilochsperre, des europäischen Festlandes größte Talsperre!

Schon stauen sich hinter der 65 Meter hohen Cyclopenmauer im Bleiloch die Fluten; sie sind hier wohl schon 25 Meter hoch gestiegen. Und weit ins Tal der Saale hinauf, in all die vielen Seitentäler sind sie bereits vorgedrungen. Täglich wachsen sie weiter und höher und bedecken allmählich Wiesen und Felder, Straßen und Brücken und Dörfer.

Noch kann der Naturfreund durch das alte Tal wandern. Dabei bekommt er zugleich einen Begriff von dem gigantischen Menschenwerk, das hier entsteht. Mit Bewunderung blickt er auf die Riesenschöpfung der eigentlichen Sperre im Bleiloch bei Saalburg, auf turmhohe Brücken, neue Autostraßen. Er kommt in reizvolle neue Siedlungen für die Bewohner der verschwundenen Dörfer. Wer einst unten im Tal wohnte, blickt jetzt aus luftiger Höhe hinab, und später werden die Orte am Ufer des gewaltigen Sees liegen, der hier geboren wird.

Wenn auch mancher trauert über das, was verschwindet, so strahlt die Zukunft doch hell und froh! Glitzernd wird 28 Kilometer lang ein richtiger See leuchten inmitten rauschender Wälder; Segelboote werden wie weiße Schwäne darüber hinweggleiten und flinke Motorboote seinen glatten Spiegel durchschneiden. Begeisterte Fremde werden die neue, eigenartige Landschaft bewundern, die Menschengeist und Menschenhand hier geschaffen haben. Im Thüringer Land, das bisher zu den seearmen Gebieten Deutschlands gehörte und nun bald einen der größten und schönsten Seen des Vaterlandes sein eigen nennen darf!

Statt jeder besonderen Anzeige



Heute Mittag 12 Uhr entschlief ruhig nach kurzem Leiden unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Ewald von der Heyden

im Alter von 76 Jahren.

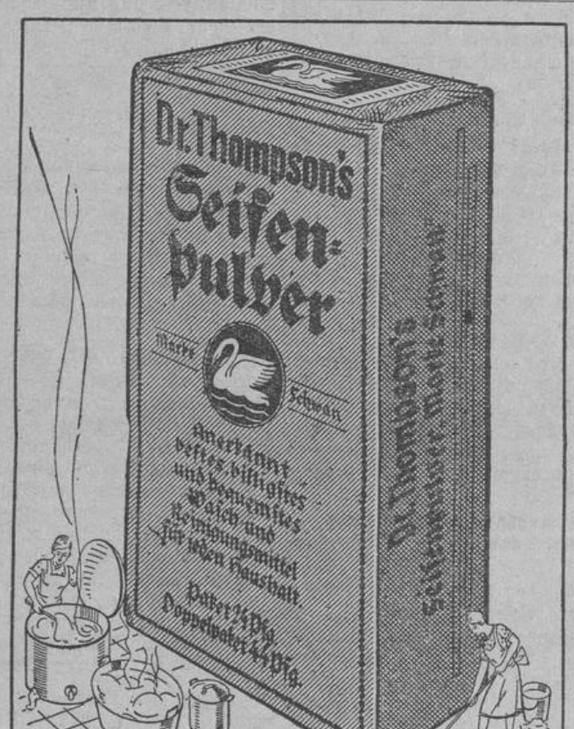
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Geschwister vom Stein
Familie August von der Heyden

Sträßchen, Burscheid und Hückeswagen, 14. September 1932.

Die Beerdigung findet in Burscheid am Samstag, den 17. September, nachm. 2.30 Uhr, vom Hause Höhestr. 10 aus, statt.

Kranzspenden im Sinne des Verstorbenen dankend verbeten.



Drucksachen

zu billigsten Preisen liefert die Buchdruckerei d. Zeitung

Tanz-Kursus in

Burscheid
Gasthof „Zur alten Post". (Inhaber: Ww. Hugo Urbahn.)

Erste Unterrichtsstunde: Donnerstag, d. 15. September, 20 Uhr. Mäßiges Honorar, keine Nebenkosten.

Anita und Gerda BERIT
Mitgl. d. A. D. T. V.
L.-Schlebusch I, Mauspfad 6, Tel. 536.

Darlehen
kurzfristig bis zu RM. 4000. Rückzahlbar bis zu 5 Jahren

Finanzierung
von Möbel- u. Autokäufen pp.

Betriebskapital
bis zu RM. 20000, rückzahlbar innerhalb 10 Jahren.

Rat und Hilfe
bei Zahlungsschwierigkeiten durch Stillhalteabkommen m. d. Gläubigern kostenlos.

Wenden Sie sich vertrauensvoll an die **„Fides" A. G. Düsseldorf, Hansahaus.**
Seriöse Vertrauensleute gesucht.

1 massiver Geldschrank
1 Gasbadeofen m. Wanne
gebraucht, billig zu verkaufen.
Näheres bei
Frau Ww. Jos. Teitscheid
Burscheid, Altenbergerstr. 9.

Behaglich
möbliertes Zimmer
mit Frühstück oder voller Pension in Burscheid zu vermieten. Zu erfahren in der Geschäftsstelle dsr. Ztg.

3 Zimmer-Wohnung
gesucht. Offerten unter H. G. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Junge hochtragende
Kuh
zu verkaufen.
Hugo Steffens
Benninghausen.

Wer
Anzeigen sät,
wird Bestellungen ernten!

Am **21. September 1932, 11 Uhr,** sollen an der Gerichtsstelle, Gerichtsstr. 9, Zimmer Nr. 17, die im Grundbuche von

a) Lützenkirchen Band 13, Artikel 639: Gemarkung Lützenkirchen, Flur 6,

Parz. Nr. 340, Am alten Mühlenfeld, Ackerland, groß 15,43 Ar mit 2,72 Taler Reinertrag,
Parz. Nr. 1729/374, Sporrenberg Nr. 14, Hofraum etc., groß 10,57 Ar, Gebäudesteuerrolle Nr. 504, c) Schuppen,
Parz. Nr. 467, Kamperfeld, Acker, groß 20,33 Ar mit 3,58 Taler Reinertrag,
Parz. Nr. 816, Hoferkamp, Holzung, groß 5,48 Ar mit 0,30 Taler Reinertrag,
Parz Nr. 971, In den Wüsten, Wiese, groß 3,77 Ar mit 1,03 Taler Reinertrag,
Parz. Nr. 1043, Auf dem Haarbusch, Acker, groß 24,54 Ar mit 2,60 Taler Reinertrag,
Parz Nr. 1058, Im Schwanenhof, Holz, groß 0,99 Ar mit 0,04 Taler Reinertrag,
Parz. Nr. 1896/379, Sporrenberg, Hofraum etc., groß 6,60 Ar, Gebäudesteuerrolle Nr. 504, a) Wohnhaus mit Stallanbau mit 150 Mark Nutzungswert, b) Scheune,
Parz. Nr 346, Am alten Mühlenfeld, Acker, groß 8,58 Ar mit 1,32 Taler Reinertrag,
Parz Nr. 348, daselbst, Acker, groß 8,65 Ar mit 1,52 Taler Reinertrag,
Parz. Nr. 1522/361, Sporrenbergsiefen, Acker, groß 6,07 Ar mit 0,24 Taler Reinertrag,
Parz. Nr. 369, daselbst, Acker, groß 1,36 Ar mit 0,05 Taler Reinertrag,
Parz. Nr. 370, daselbst, Garten, groß 7,56 Ar mit 1,18 Taler Reinertrag,
Parz. Nr. 1897/379, Sporrenberg Nr. 15, Hofraum etc., groß 4,41 Ar, Gebäudesteuerrolle Nr. 463, a) Wohnhaus mit Stallanbau mit 90.— Mark Nutzungswert,

b) Burscheid, Band 47, Blatt Nr. 2060: Gemarkung Burscheid, Flur 14.

Parz. Nr. 203, In der Hagen, Holzung, groß 8,68 Ar mit 0,34 Taler Reinertrag,
Parz. Nr. 248/IV. 18, Am Kötterscheidberg, Holzung, groß 7,14 Ar mit 0,28 Taler Reinertrag,
Parz Nr. 258, daselbst, Holzung, groß 7,16 Ar mit 0,28 Taler Reinertrag.

c) Lützenkirchen, Band 15, Blatt Nr. 721: Gemarkung Lützenkirchen, Flur 6.

Parz. Nr. 1701/577, Auf der Höllen, Acker, groß 32,04 Ar mit 3,39 Taler Reinertrag,
Parz. Nr. 1702/577, daselbst, Acker, groß 32,04 Ar mit 3,39 Taler Reinertrag,

eingetragenen Grundstücke (Eigentümer Eheleute Peter Gustav Klünsch, Fabrikarbeiter und Maria Catharina auch Anna Katharina Sahler, beide zu Sporrenberg wohnend und in rheinisch-rechtlicher Gütergemeinschaft lebend) zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft öffentlich zwangsweise versteigert werden.

4 K 21 32/5. **Amtsgericht Opladen.**

Verreist bis 3. Oktober 1932

Dr. Ida Heckmann, Kinderärztin
Opladen, Rennbaumstraße 27

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr. 217 — 2. Blatt — Donnerstag, 15. September 1932

Die gestrige Mondfinsternis

konnte wegen des stark bewölkten Himmels nur einige Zeit nach Beginn bis etwa zur Mitte beobachtet werden. Erst gegen 21,08 Uhr trat der Mond hinter einer dichten Wolkenbank heraus. Er war wenigstens noch so nett und hat uns einen Teil der Mondfinsternis gezeigt. Beim Heraustreten liegt er schon fast eine Stunde im Kernschatten der Erde, und es erstreckt sich der Erdschatten schon bald bis in das Mare Crisium. Der Mond verbirgt sich zum größten Teil noch hinter den Wolken, läßt aber ab und zu eine schmale Sichel sehen. 21,16 Uhr verschwindet er wieder hinter verschiedenen dunkeln Wolken, aber einige helle Wolkenränder zeigen seinen Weg an, den er am Himmel fortsetzt und mit ihm ein recht interessantes astronomisches Schauspiel. Um 21,21 Uhr wird wieder eine feine Sichel aus den Wolken sichtbar, die immer stärker wird. Nicht nur mit bloßem Auge, sondern noch deutlicher im Fernrohr, ist um 21,23 Uhr der noch in den Strahlen der Sonne leuchtende Teil sichtbar. Mittlerweile ist der Erdschatten stark ins Mare Crisium eingedrungen. Aber jetzt verhüllen wieder neidische Wolken den größten Teil der Scheibe.

Um 21,46 Uhr wird der Lichtbogen ganz schmal, die graue Farbe geht nochmals ins Rötliche über.

Um 21,50 Uhr steigt der Erdschatten über den Krater Herkules hin. Tiefschwarz liegen nun das Mare serenitatis und das Mare imbrium weit ausgebreitet im Fernrohr vor Augen.

Um 21,57 Uhr ist außer einem hellen Streifen nichts mehr zu erkennen. Und jetzt, wo es der Mitte der Verfinsterung entgegengeht, die um 22,05 sein soll, tritt der Mond hinter eine schwere Wolkenbank und verschwindet nun vollständig für das Auge, und kurz danach auch für das Fernrohr. Die Mondfinsternis ist zwar nicht vorbei, aber für unsere Beobachtung ist sie nun zu Ende. Der Mond kommt nicht mehr hervor.

Zur Kölner Herbstmesse

Neuheiten auf der Kölner Herbstmesse

Im Rahmen der Kölner Herbstmesse für Haus- und Küchenbedarf und der siebten Westdeutschen Gastwirts- und Hotelfachmesse wird die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Erfinder e. V. zu Köln in der Zeit vom 17. bis 25. September auf zwei großen Ständen eine Ausstellung verkäuflicher Erfindungen, sowie eine Neuheiten- und Export-Musterschau veranstalten. Die Industrie hat hier Gelegenheit, zugkräftige neue Erfindungen zu erwerben. Auf der letzten Leipziger Herbstmesse war eine rege Nachfrage nach Neuheiten, so daß die Neuheiten-Abteilung der Messe sehr gut abgeschnitten hat. Für den Wiederverkäufer werden in einer geschlossenen Sammelausstellung bekannter Industriefirmen neue fabrikationsfertige Erzeugnisse vorgeführt.

Das kleinste Wochenendhaus der Welt

In der mit der bevorstehenden Westdeutschen Gastwirtsmesse in Köln verbundenen Sonderschau „Gast und Garten" wird dem Gastwirtsgewerbe die Anregung gegeben, an geeigneten Plätzen Wochenendhäuschen einzurichten und sie zu billigen Preisen zu vermieten unter Uebernahme der Beköstigung der Mieter. Es soll gewissermaßen Hotelleben in kleinen Einzelhotels sein. Die Sonderschau „Gast und Garten" zeigt das ideale Wochenendhaus. Inmitten von einladenden und werbenden Gärten werden Wochenend- und Jagdhäuser stehen. Gastwirten und Hoteliers soll damit ein neues zeitgemäßes Werbemittel an die Hand gegeben werden.

Diätküche auf der Westdeutschen Gastwirtsmesse

Einer Anregung aus Fachkreisen folgend wird auf der bevorstehenden Kölner Gastwirts- und Hotelfachmesse auch eine Abteilung für Diätküche eingerichtet. Die Messeleitung hat sich für diese Sonderabteilung die Mitwirkung des Gesundheitsamtes und der Berufsschule gesichert. An allen Nachmittagen (mit Ausnahme der Sonntage) wird von 15—19 Uhr eine wechselnde Ausstellung von fertigen Mittagessen und sonstigen Speisen in Einzelportionen gezeigt werden, bei der an jedem Tage eine andere der wichtigsten Diätformen berücksichtigt wird, und zwar in verschiedenen Preislagen und unter Zugrundelegung der erforderlichen Kalorienmengen.

Für eine mustergültige Gestaltung und Vorführung der Diätküche bürgt die Zusammenarbeit von erfahrenen Fachärzten mit in Diätkursen geschulten Fachkräften der Berufsschule. An den Wochentagen findet um 17 Uhr in einem besonderen Vortragsraum ein fachärztlicher Vortrag über ein bestimmtes Gebiet der diätetischen Ernährung statt. Im übrigen werden während der ganzen Dauer der Messe Auskünfte über küchentechnische Fragen in Bezug auf Zusammenstellung und Zubereitung der Diätspeisen durch eine erfahrene Gewerbeoberlehrerin erteilt.

Die Provinz fördert ländliche Wasserleitungen

Der Rheinische Provinzialausschuß hat zur Unterstützung von ländlichen Wasserleitungsbauten Beihilfen im Betrag von 150 000 Mark und zinsverbilligte langfristige Darlehen im Betrag von 100 000 Mark bereitgestellt, mit denen eine Reihe von Unternehmungen in zahlreichen Kreisen der Provinz gefördert werden konnten. Die Mittel sind von der Provinzial-Feuerversicherungs-Anstalt der Rheinprovinz zur Verfügung gestellt worden, die seit Jahren die ländliche Wasserversorgung in der Provinz mit recht erheblichen Mitteln fördert. Durch diese zusätzlichen Mittel wird der Ausfall, der in diesem Jahr durch die starke Kürzung des von der Provinz gemeinsam mit dem Staat alljährlich bereitgestellten Westfonds zur Förderung von Umlegungen, Meliorationen und Wasserversorgungsanlagen eingetreten ist, wenigstens für die Wasserleitungsbauten in etwa ausgeglichen und gleichzeitig für zahlreiche Arbeitslose eine zusätzliche Arbeitsgelegenheit geschaffen.

Arbeit und Lohn im freiw. Arbeitsdienst

Die Vorsitzenden der Arbeitsämter sind vom Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst im Bezirk des Landesarbeitsamtes darauf hingewiesen worden, sich dafür einzusetzen, daß nach Möglichkeit im Arbeitsdienst die volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten gefördert werden. Andersartige Arbeiten können nur dann in Betracht kommen, wenn volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten nicht verfügbar sind. In Frage kommen praktisch hauptsächlich arbeitsintensive Arbeiten, d. h. solche Arbeiten, die ohne große Materialaufwendung auch von berufsfremden Arbeitskräften ohne Verwendung von Maschinen durchgeführt werden können, z. B. Meliorationen in jeder Form, Wasserregulierungen, Mithilfe bei Siedlungsbauten, Anlegung von Verbindungswegen (Feld- und Waldwege), Kultivierung von Moor und Heide für den Acker- und Gartenbau, Aufforstung von Oedländereien u. ä. Dagegen müssen Arbeiten, wie Anlage von Sportplätzen, Erweiterung von Schmuckanlagen und dergl. Ausnahmen bleiben. Der Neubau von Land- und Wasserstraßen und die Erstellung von regulären Hochbauten (Jugendheime) müssen der Durchführung im freien Arbeitsverhältnis vorbehalten bleiben.

Nach diesen Gesichtspunkten werden in Zukunft, wie auch bisher schon, die Anerkennungen der projektierten Maßnahmen ausgesprochen werden. Als Förderungsbetrag kann für männliche Arbeitsdienstwillige in Zukunft nur noch bei Lagerunterbringung der Höchstsatz von RM 2 gezahlt werden. Sofern dem Arbeitsdienstwilligen nicht volle Verpflegung und Unterbringung vom Träger der Arbeit gewährt wird, ist mit einem täglichen Förderungssatz bis zu RM 1,80 bei männlichen und bis zu RM 1,50 bei weiblichen Arbeitsdienstwilligen zu rechnen. Minderwertvolle Maßnahmen werden mit einem entsprechend niedrigeren Satz bezuschußt. Eine Abstufung der Förderungsbeträge erfolgt weiterhin nach der Art der Arbeit und nach der Lage des Bezirks. Bei der Zuweisung von Arbeitsdienstwilligen, die durch die Arbeitsämter erfolgt, ist im allgemeinen die Arbeitsmarktlage der Gemeinde des Dienstortes zu berücksichtigen.

Was kostete der aufgelöste Reichstag?

4,5 Millionen RM für zwei Sitzungen

Am 31. Juli 1932 hat das deutsche Volk einen neuen Reichstag gewählt, nachdem der alte zwei Monate vorher aufgelöst worden war. Am 30. August 1932 wurde die erste Sitzung des neugewählten Reichstags von der kommunistischen Alterspräsidentin Klara Zetkin eröffnet, die zu diesem Zweck von Moskau nach Berlin gekommen war. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt die Wahl des Reichstagspräsidiums. Nachdem diese erfolgt war, vertagte sich das Hohe Haus auf den 8. September. Später wurde dann die zweite Sitzung, die gleichzeitig auch die letzte werden sollte, auf den 12. September verschoben. Vorgesehen war, daß der Reichskanzler vor der Volksvertretung eine Regierungserklärung vortragen sollte. Es kam aber nicht dazu, da der Reichstag alsbald nach der Eröffnung der Sitzung seine Tagesordnung dahin änderte, daß zu allererst über einen Mißtrauensantrag und über einen Antrag auf Aufhebung der letzten Notverordnung abgestimmt werden sollte. Nach kurzer Vertagung war die Abstimmung, aber noch vorher überreichte der Reichskanzler dem Reichstagspräsidenten die Auflösungsorder des Reichspräsidenten. Trotzdem wurde noch die Abstimmung über den Mißtrauensantrag und die Notverordnung beendet.

Das sind, in aller Kürze, die Daten über die Geschichte des aufgelösten Reichstags, die sich in ihren Auswirkungen heute noch nicht abschließend beurteilen lassen. Fest steht nur das eine, daß dieser Reichstag für das deutsche Volk eine sehr teure Angelegenheit gewesen ist, wie sich mit unangenehmer Deutlichkeit aus den folgenden Zahlen ergibt.

Auf der Aktivseite einer Bilanz über die Tätigkeit des aufgelösten Reichstags stehen nur zwei Posten: der Reichstag hat — in seiner ersten Sitzung — sein Präsidium gewählt und — in seiner zweiten und letzten Sitzung — eine Abstimmung über ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung durchgeführt. Zu der ersten dieser Leistungen ist zu bemerken, daß die Wahl des Reichstagspräsidiums natürlich nur im Hinblick auf spätere praktische Arbeit von Bedeutung sein kann. Der Streit um die Abstimmung auf der Schlußsitzung ist heute noch in vollem Gang.

Die Abhaltung der beiden Reichstagssitzungen, über deren praktischen Wert es kaum zweierlei Meinungen geben kann, kostet das Deutsche Reich, d. h. also den deutschen Steuerzahler, die Kleinigkeit von 4 434 000 Reichsmark, eine Summe, die sich aus den vier Posten, Reichstagswahl, Aufwandsentschädigung an die Abgeordneten, Zahlung an die Reichsbahn für Freifahrkarten und Reichstagsverwaltung zusammensetzt.

Im einzelnen sieht die Passivseite der Reichstagsbilanz folgendermaßen aus: Für die Wahl des Reichstags waren im Voranschlag 2 160 000 Mark vorgesehen. Diese Summe wird wohl auch ungefähr ausgegeben worden sein. Jedenfalls ist sie eher noch überschritten worden. Im wesentlichen sind hierin die Kosten für die Organisation der Wahl und für die rasche Uebermittlung der Wahlergebnisse enthalten.

Aufwandsentschädigungen usw. werden die 608 Abgeordneten insgesamt ungefähr 1 300 000 Mark erhalten, vorausgesetzt, daß am 13. November die Neuwahl zum nächsten Reichstag ist. Denn der Anspruch der Abgeordneten auf Tagegelder läuft bis zum Tage der nächsten Wahl. Und zwar erhält jeder Abgeordnete monatlich 600 Mark, die ihm am Monatsersten im voraus auszuzahlen sind. Hinzu kommen noch Entschädigungen für besondere Ausgaben und für die Mitglieder von Ausschüssen.

Außer den Aufwandsentschädigungen erhalten aber die Abgeordneten noch das Recht auf eine Freifahrkarte für das gesamte Bahnnetz der Deutschen Reichsbahn. Daneben werden ihnen Auslagen für die Benutzung von Omnibussen der Reichspost von Schlafwagen usw. zurückerstattet. Die Freifahrkarte erlischt erst am 8. Tage nach der erfolgten Neuwahl. Für die Ausstellung der Freifahrkarten erhält die Reichsbahn vom Reich eine Entschädigung, von der auf das Konto des aufgelösten Reichstags (einschließlich der Nebenposten) ungefähr 414 000 Reichsmark entfallen.

Schließlich kostet die allgemeine Reichstagsverwaltung jährlich ungefähr 1 950 000 Mark, in dreieinhalb Monaten an 560 000 Mark.

Alles in allem: 4 434 000 Reichsmark für zwei Sitzungen!

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen vom 14. September

Je 100 Pfund: Spätkartoffeln 1,70—2,—; Sommerspinat 0,30—1,70; Wirsing (grün) 1,60—2,40; Rotkohl 1,30—1,90; Butterkohl 0,30—0,70; Weißkohl 0,60—0,80; Strauchbohnen 9,70—16,60; Prinzeßbohnen 13,20—14,20; Wollbohnen 7,20—11,80; Straucherbsen 15; Zwiebel 3,70—3,90; Einmachzwiebel 5,20; Rote Möhren 2,20—2,80; Rote Beete 1,10—1,60; Tomaten a b c: 2,60—6,50; Rübstiel 0,70—1,10; Essiggurken a b, Salzgurken c d: 0,25—0,39; Je 100 Pfund: Birnen I II: 4,60—16,90; Aepfel I II: 11,—; Fallobst 3,50—4,20; Je 100 Stück: Sellerie I II: 2,90—10,10; Porree 0,50; Blumenkohl I 3,60—5,80; Kopfsalat I II 0,60—2,40; Endivien I II: 0,50—3,30; Kohlrabie blau I 0,60—2,40.

Aus der Heimat

Anmeldung zur Wählerliste

Wir machen noch einmal auf die Anmeldung zur kirchlichen Wählerliste aufmerksam. Wählen können nur diejenigen Gemeindeglieder, die am Wahltage 24 Jahre alt sind, zu den kirchlichen Lasten ordnungsmäßig beitragen und in die Wählerliste eingetragen sind. Alle diejenigen, die noch nicht angemeldet sind, werden aufgefordert, sich bis Samstag, den 17. September anzumelden. Nach diesem Zeitpunkt können Anmeldungen für die am 12. November 1932 stattfindende Wahl nicht mehr angenommen werden.

Vom Kreisverband der Frauenvereine

Im Rahmen der Tagungen in Berg. Neukirchen aus Anlaß des Stadtjubiläums hat nun auch der Kreisverband der Vaterländischen Frauenvereine eine Vorstandssitzung nach Berg. Neukirchen gelegt. Diese findet statt am kommenden Mittwoch, den 21. September, nachmittags 4,30 Uhr, im Saale bei Tillmanns. In der Sitzung wird Frau Landrat a. D. Dr. Lucas aus Bonn einen Vortrag über die kommende Winterarbeit halten. Weiter zeigt der Verband einen Film betitelt: „Wanderung durch die Arbeit des Vaterländischen Frauenvereins".

Siedlungsschwindler

Von dem Dreher Gustav Baumann in Witten-Annen werden unter der Firma „Genossenschaft eGmbH vereinigter Landwirte Mecklenburg" Siedlerstellen angeboten, die durch Aufteilung größerer Güter in Mecklenburg geschaffen werden sollen. Die Nachforschungen haben ergeben, daß die von Baumann erhobenen Eintrittsgelder und Beiträge fast restlos für persönliche Zwecke verbraucht worden sind und daß es Baumann nur darauf ankommt, sich Einnahmen zu verschaffen. Siedlungsinteressenten werden vor Baumann, der durch seine Redegewandtheit und sein sicheres Auftreten immer wieder versucht, Siedler zu gewinnen, gewarnt.

Warnung vor einer Schwindlerin

Im Bergischen treibt sich seit einigen Tagen eine Logisschwindlerin umher, die sich in Gaststätten mit einem zehnjährigen Kind einmietet und nach einigen Tagen spurlos verschwindet, ohne die Rechnungen, die immer hoch anlaufen, zu begleichen. Das ist ihr bereits verschiedentlich gelungen. Die Gasthausbesitzer werden hierauf auf-

Was sind „Hausschlachtungen"?

Es werden enge Grenzen gezogen

Zur Beseitigung von Zweifelsfragen in der Durchführung des Schlachtsteuergesetzes wird amtlich mitgeteilt, daß Schlachtungen aus Anlaß eines Familienfestes keine Hausschlachtungen, sondern der normalen Steuerveranlagung zu unterwerfen sind. Die in Artikel 7 erfolgte Begriffsbestimmung der steuerfreien Hausschlachtungen deckt sich nicht mit dem, was von der ländlichen Bevölkerung vielerorts als Hausschlachtung aufgefaßt wird, sondern lehnt sich im allgemeinen an die wesentlich engere Begriffsbestimmung des Fleischbeschaugesetzes an. Die Bestimmung des Abs. 3 des Artikels 7 schließt eindeutig jede Schlachtung aus, die zu anderen Zwecken erfolgt als zur Deckung des Bedarfs des eigenen Haushalts (der Haushaltsangehörigen, Familienmitglieder und des vom Besitzer verpflegten Dienstpersonals). Als Hausschlachtung ist ferner anzusehen, wenn die Schlachtungen zum Zweck der Bewirtung eines die Zahl des sonst zum Haushalt gehörigen Mitglieder erheblich übersteigenden Kreises von Personen erfolgt, insbesondere bei größeren Festlichkeiten, Einquartierungen usw. Auch die gelegentlich übliche Bewirtung aus Anlaß des „Schweineschlachtens" schaltet daher die Steuerfreiheit aus, wenn hierzu Gäste geladen sind und die Bewirtung sich nicht beschränkt auf eine Beköstigung des Schlächters oder der bei der Schlachtung erforderlichen Hilfspersonen. Einer Ausdehnung des gesetzlich eng umrissenen Begriffs „Hausschlachtungen" wird in vorstehenden Fällen wie allgemein nachdrücklich entgegengetreten, da die Einhaltung der Grenzen wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Steuerfreiheit überhaupt ist.

Wie sich Gläubiger schützen

Eine Entscheidung des Reichsgerichts

Der Lieferant ist heute mehr als je gezwungen, sich beim Kreditkauf das Eigentumsrecht an der Ware vorzubehalten. Der Eigentumsvorbehalt allein ist aber nur eine unvollkommene Sicherheit. Denn wenn die Ware bestimmungsgemäß weiterverkauft wird, geht das an ihr vorbehaltene Eigentum unter. Zur weiteren Sicherung empfiehlt sich daher die Abtretung des Kaufpreisforderungen, die der unter Eigentumsvorbehalt belieferte Käufer beim Weiterverkauf erwirbt. Bisher war die Abtretbarkeit derartiger erst künftig entstehender Forderungen stark umstritten, da man ste für zu unbestimmt hielt. Das Reichsgericht hat aber jetzt in einer Entscheidung vom 8. April 1932 eine solche Abtretung für angängig erklärt. In dem der Entscheidung zugrundeliegende Fall war folgende Formel, die sich auch sonst für die Praxis eignen dürfte, vereinbart: „Käufer ist ermächtigt, trotz Eigentumsvorbehalt, die erhaltene Ware im ordnungsmäßigen Geschäftsverkehr zu veräußern. Wird die Ware vor der Bezahlung weiterveräußert, so geht der dafür erzielte Erlös bezw. die durch den Weiterverkauf entstandene Forderung auf die Lieferfirma über".

---

merksam gemacht und tun gut, beim Erscheinen der Frau sofort die Polizei zu benachrichtigen.

Sonntagsfahrkarten nach Düsseldorf zur Besichtigung des Do X am Freitag

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Wuppertal teilt mit, daß auch am morgigen Freitag aus Anlaß des Besuchs des Flugschiffs Do X in Düsseldorf von allen Bahnhöfen des Reichsbahndirektionsbezirks im Umkreise von 100 km um Düsseldorf Sonntagsrückfahrkarten mit einer Gültigkeit von 12—24 Uhr (Antritt der Rückfahrt) nach Düsseldorf ausgegeben werden.

Internationaler Schulkongreß

In Wuppertal-Barmen tagt in den Tagen vom 7. bis 10. Oktober ein internationaler evangelischer Schulkongreß, der mit einem Begrüßungsabend am 7. Oktober von Stadtdirektor Buchholz eingeleitet wird. Während der Tagung werden mehrere hervorragende Pädagogen über Erziehungsfragen sprechen. Als Redner sind u. a. vorgesehen Dr. Bäschlin-Bern, Universätsprof. Dr. Watebrink-Amsterdam sowie Lic. Brand-Bethel.

Täglich über 4000 neue Wähler

Die Zahl der Stimmberechtigten ist in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl von 43 934 481 um 112 360 auf 44 056 841 gestiegen. Auf einen Tag umgerechnet beträgt die Steigerung 4013 Stimmberechtigte. Es werden also täglich weit mehr als 4000 junge Menschen neu wahlberechtigt, da ja der Ausfall an Wählerstimmen durch Sterbefälle in dieser Statistik nicht mitgezählt ist. Am 31. Juli 1932 war die Zahl der Stimmberechtigten auf 44 226 835 gestiegen. Nach der überschläglichen Berechnung würde, falls die Wahlen zum siebten Reichstag innerhalb der vorgeschriebenen Frist stattfindet, durch den Zugang der Jungwähler die voraussichtliche Zahl der Stimmberechtigten auf rund 44 600 000 angewachsen sein.

Austragen von Waren nach Geschäftsschluß

In einem besonderen interessanten Fall hat sich das Kammergericht mit der Frage befaßt, ob das nach Geschäftsschluß erfolgte Austragen von vorher gekauften Waren zulässig ist. Dem Urteil lag folgender Fall zu Grunde:

Eine Kundin hatte innerhalb der regulären Geschäftszeit in einem Fleischergeschäft Fleisch gekauft und sofort bezahlt. Dabei hatte sie die Inhaberin der Metzgerei gebeten, ihr das Fleisch im Kühlraum aufzubewahren und am Sonntag gegen 10 Uhr zuzuschicken. Dem Wunsche kam die Inhaberin nach und sandte durch ihre Tochter, welche den Laden durch die Ladentür verließ, der Kundin das Fleisch zu. Die Gerichte stellen fest, daß die Tochter nicht Gehilfin usw. der Ladeninhaberin gewesen sei. Auch sei das Austragen der vorher gekauften Waren kein Betrieb eines Gewerbes in offener Verkaufsstelle. Das Kammergericht erklärt, daß ein derartiges Austragen von früher bestellten Waren also zulässig sei.

Bahnübergang und Autounfall im Urteil

Immer wieder gibt es Unfälle bei Bahnübergängen. Ueber die Schuldfrage hat dann meist das Gericht zu entscheiden. Vor kurzem wurde nun nach einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts ein Kraftfahrer freigesprochen. Es dürfen bei beschranktem Uebergang keine zu hohe Anforderungen an den Führer gestellt werden, d. h. er braucht nicht vorher den Fahrplan einzusehen oder sich bei unübersichtlicher Strecke behutsam an den Uebergang heranzutasten. Eine Geschwindigkeit von 12 Kilometer in der Stunde ist nicht zu hoch. Das Urteil besagt u. a. folgendes: Das Schließen der Schranken kündigt das Befahren des Uebergangs mit Zügen an. Stehen sie offen, so ist die Strecke frei. Dies berechtigt den Wagenführer zu der Annahme, daß die Ueberfahrt nicht gefährdet ist, wenn es ihn auch keineswegs jeder Sorgfaltspflicht enthebt. Erhöhte Vorsicht kann dann geboten sein, wenn dem Autolenker die Art der Arbeitsausübung des Schrankenwärters bekannt ist.

Im Zeichen der Wirtschaftskrise

Eine nicht unerfreuliche Begleiterscheinung der schweren Wirtschaftskrise ist der starke Rückgang des Branntweinverbrauchs, über den hier mehrfach berichtet wurde. Auch der Bierkonsum, der wesentlich breitere Volksschichten als der Schnapsverbrauch umfaßt, hat einen Tiefstand erreicht, der etwa dem Verbrauch des Jahres 1878 entspricht. Im letzten Vorkriegsjahr 1913/14 wurden rund 69 Millionen Hektoliter Bier in Deutschland abgesetzt. Im Hochkonjunkturjahr 1929/30 betrug der Bierverbrauch fast noch 58 Millionen Hektoliter. Im Jahr 1931/32 (bis Ende März 1932) sank er auf 36 Millionen Hektoliter.

Erholungsfürsorge für das Kleinkind

Der Reichsstädtebund hat in 788 Städten, deren Einwohnerzahl nicht mehr als 10 000 betrug, nach dem Umfang der dortigen Erholungsmaßnahmen für das Kleinkind Erhebungen angestellt. Von diesen Städten betreiben 44 örtliche Erholungsfürsorge, 104 entsenden Kleinkinder, 50 entsenden und betreiben daneben Erholungsfürsorge.

Schweinefleischversand nach den Niederlanden

Die niederländische Postverwaltung hat für den Versand von Schweinefleisch nach den Niederlanden in Postpaketen folgendes mitgeteilt: Schweinefleisch, auch zubereitetes oder dauerhaft gemachtes, darf neben Fleischwaren, die teilweise aus Schweinefleisch bestehen, nur eingeführt werden, wenn Empfänger — unter Vorlegung einer Rechnung oder eines anderen Beweisstückes, aus dem genau Art und Gewicht jeder einzelnen Sorte Schweinefleisch besonders ersichtlich ist — eine Einfuhrbewilligung bei der Niederländischen Schweinezentrale im Haag beantragt hat. Für diese Bewilligung ist ein von Art und Gewicht des Fleisches abhängiger Betrag zu zahlen.

Um Rücksendung von Paketen zu vermeiden, empfiehlt es sich, Schweinefleisch (wie Schinken, Wurst und dergl.) einer Sendung nicht beizupacken, bevor Empfänger nicht im Besitz der obenerwähnten Rechnung usw. ist.

Urteil zur Arbeitslosenversicherung

Eine Rente aus einer Ruhegehaltskasse eines privaten Betriebes ist keine solche auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des Reichsknappschafts- oder des Angestelltenversicherungsgesetzes. Sie ist deshalb nach einem Urteil des zuständigen Spruchsenats auch dann nicht nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Versicherung auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen, wenn auf Grund der Pensionseinrichtung Befreiung von der Angestelltenversicherungspflicht stattgefunden hat.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Amtseinführung des Bürgermeisters Vaupel

Wir berichteten bereits gestern, daß am morgigen Freitag bei Werner eine Sitzung der Amtsvertretung stattfindet. Anschließend wird als Vertreter der Aufsichtsbehörde in Vertretung des Herrn Landrats Herr Regierungsassessor Roßberg die bisher noch nicht erfolgte offizielle Amtseinführung des Herrn Bürgermeisters Vaupel vornehmen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Rabiater Bettler

Opladen, 15. Sept. Vor dem Opladener Gericht stand gestern ein Bettler, der am Marianum gebettelt und obendrein noch die Schwestern beschimpft hatte. Zu seiner Entschuldigung führte er an, daß er „schwer besoffen" gewesen wäre und dazu von vier jungen Burschen auch noch gehänselt worden sei. „Und in so'nem Zustand ist man dann schnell gereizt", meinte er. Er habe nämlich einen Zimmermann getroffen und mit dem „einen getrunken". „Un da hat mich dat Unjlück getroffen". Seine Schimpfereien und das unerlaubte Betteln kosteten ihm insgesamt sechs Wochen Haft.

Der Autostraßenbau schreitet fort

Opladen, 15. Sept. Nachdem die Strecke von der Provinzialstraße in Küppersteg durch den Reuschenberg im groben fertiggestellt ist, wird jetzt eifrig im Gelände der Wupper gearbeitet. Die Autostraße überquert die Wupper mit einer dreibogigen Betonbrücke. In den letzten Tagen ist die Holzverschalung dafür fertiggestellt worden, zurzeit ist man dabei, die Holzverschalungen mit Beton auszugießen. In einigen Wochen wird die Brücke fertig sein. Man wird dann das Reststück der Autostraße bis zur Rheindorferstraße in Arbeit nehmen, allerdings wird die neue Autostraße um Opladen kaum noch im Herbst in Betrieb genommen werden können. Ungeklärt ist heute noch immer, ob der Bau der ganzen Autostraße von Köln nach Düsseldorf in Angriff genommen wird. Der Landeshauptmann hat zwar kürzlich davon gesprochen, bisher aber steht eine endgültige Entscheidung darüber noch aus.

Sie säen nicht und ernten doch

Opladen, 15. Sept. Einem Landwirt in Lützenkirchen wurden in der Nacht zum Dienstag 5 Zentner Kartoffeln gestohlen. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

Tödlicher Betriebsunfall

Leverkusen, 15. Sept. Ein schwerer Unglücksfall trug sich in der Nacht von Montag auf Dienstag in einem Walzwerk zu Leverkusen-Manfort zu. Der Arbeiter Hofmann aus Schlebusch wurde durch einen herabstürzenden Kohlenbehälter derart verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht geklärt.

Ueberfallen und mißhandelt

Langenfeld, 15. Sept. In der Nacht zum Dienstag wurde ein junger Sparkassenangestellter in der Solinger Straße von mehreren jungen Leuten überfallen und mißhandelt. Der Mißhandelte mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Als Täter kommen mehrere junge Leute aus Immigrath in Frage, die sich nunmehr vor Gericht verantworten müssen.

Einbrecher in der Heilanstalt Galkhausen

Galkhausen, 15. Sept. In der Nacht zum Dienstag wurde in die Männerabteilung III der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Galkhausen ein Einbruchsdiebstahl verübt. Die Täter drangen in das im Erdgeschoß gelegene Kleider- und Wäschemagazin ein, indem sie die Fensterscheiben einschlugen und die Fenster mittels eines Nachschlüssels öffneten. Gestohlen wurden mehrere Anzüge und Schlafdecken.

20 Siedlungshäuser werden gebaut

Monheim, 15. Sept. In den nächsten Tagen wird auf den Parzellen in der Nähe des Gutes Zaunswinkel eine lebhafte Bautätigkeit beginnen. Sobald die letzten Formalitäten erfüllt sind, wird mit dem Errichten der großen Siedelung begonnen werden. Bekanntlich haben die maßgebenden Stellen für zwanzig Siedlerstellen Gelder bereitgestellt. Man hofft, die Arbeiten derartig fördern zu können, daß die Siedlungshäuser vor Eintritt der schlechten Jahreszeit wenigstens noch unter Dach gebracht werden können.

Aus der näheren Umgebung

Düsseldorf

Schmuggler in Düsseldorf-Heerdt gestellt

Gestern nacht wurden in Heerdt bei Düsseldorf vier Schmuggler auf Rädern von Zollbeamten gestellt und festgenommen. Die mitgeführte Schmuggelware — Kaffee und Zigaretten — wurde beschlagnahmt.

Düsseldorf. Rheinbrückenüberwachung durch Zollbeamte. Da von den über die deutsch-niederländische und deutsch-belgische Grenze eingeschmuggelten Waren ein großer Teil in die rechtsrheinischen Industriestädte gebracht wird, hat es sich als notwendig erwiesen, die Rheinübergänge durch Zollbeamte besonders überwachen zu lassen. Fahrzeuge aller Art haben daher mit einer Durchsuchung durch Zollbeamte an den Rheinbrücken und Fähren zu rechnen. Größere Aufgriffe an den Rheinübergängen in den ersten Tagen der Ueberwachung haben bereits die Notwendigkeit dieser Maßnahme bestätigt. Auf möglichste Vermeidung von Verkehrsstockungen wird besonders Bedacht genommen. Die Beamten, die die Nachschau vornehmen, tragen im allgemeinen grüne Uniform. Bei Dienst in bürgerlicher Kleidung weisen sie sich äußerlich durch Dienstmütze und grüne Armbinde mit Wappenschild aus Messing aus. Bei Nacht wird zum Anhalten von Fahrzeugen rotes Licht verwandt.

Düsseldorf. Aufhebung von Devisenschiebungen. Dem holländischen Landesproduktenhändler Triepels, der hier verhaftet wurde, konnte von der Zollfahndungsstelle nachgewiesen werden, daß er in den letzten Monaten Geldbeträge in Höhe von 105 000 RM. im Inlande für Warenlieferungen eingezogen und die Beträge ohne Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle ins Ausland gebracht hat. In dieser Angelegenheit sind noch mehrere Landesproduktenhändler aus Düsseldorf, Rheindahlen und Wegberg verwickelt und bereits vernommen worden. Die Ermittlungen der Zollfahndungsstelle ergaben in einem anderen Falle, daß ein Düsseldorfer Hypothekenmakler J. G. Farben-Aktien im Werte von 11 400 RM., die er aus dem Auslande von Holländern erhalten hatte, im Inlande für diese verkauft und den Gegenwert nicht auf Sperrkonto gebracht hat.

Köln

Köln. Vorstandssitzung des Preußischen Landgemeindetages West. Der Gesamtvorstand des Preußischen Landgemeindetages West tritt am 17. d. M. in Köln zusammen. In erster Linie wird zu den wichtigsten Fragen, in denen die jetzige Finanznot der Landgemeinden begründet liegt, unter Herausstellung der Forderungen des Verbandes zu ihrer Beseitigung, Stellung genommen werden. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um das Problem der Wohlfahrtserwerbslosen, die Auswirkung der letzten Notverordnungen, das Arbeitsbeschaffungsprogramm, den freiwilligen Arbeitsdienst, sowie um alle diejenigen Fragen der Finanz- und Verwaltungsreform, durch welche die Finanzwirtschaft der Landgemeinden entscheidend beeinflußt wird. Weiter wird die Stellung der Landgemeinden zur Verwaltungsreform zur Erörterung gelangen, wobei die für die Reform der ländlichen Selbstverwaltung dringlichsten Forderungen, und zwar die für die Selbstverwaltung der Gemeinden selbst aufzustellenden Leitsätze sowie die Forderungen, die zur Regelung des Verhältnisses zwischen Gemeinde und Amt und Gemeinde und Kreis zu stellen sind, behandelt werden sollen.

Köln. Ein Nachspiel zu den Veruntreuungen bei der Rheinischen Verkehrsgesellschaft. Der Direktion der Rheinischen Verkehrsgesellschaft war es aufgefallen, daß die Einnahmen in keinem Verhältnis zur Benutzung der Autobusse der Gesellschaft standen. Ein Sachverständiger schätzte, daß etwa zehn Prozent der Gesamteinnahmen nicht in die Kasse der Gesellschaft flössen. Nun wurde durch unbekannte Personen eine Kontrolle der Schaffner und Führer vorgenommen. Dabei stellte sich heraus, daß man vielfach regelmäßigen Benutzern der Autobusse keine Fahrscheine verabfolgte, dagegen wurde von den Fahrgästen beim Verlassen der Wagen den Angestellten etwas in die Hand gedrückt. Andere Fahrgäste erhielten bereits benutzte Fahrscheine, die mit dem Bügeleisen wieder geglättet worden waren. Diese Durchstecherei war dadurch möglich, daß die Fahrscheine nicht numeriert waren. Die betreffenden Angestellten erhielten Gefängnisstrafen. Drei von ihnen hatten ihre Unschuld beteuert, waren aber trotzdem zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Sie legten Berufung ein mit der Angabe, daß die Anschuldigung eines Mitbeschuldigten, wonach sie die eigentlichen Verführer gewesen seien, von diesem nur gemacht worden sei, um sich selbst zu entlasten. Tatsächlich hielt der Angeber in der Berufungsinstanz als Zeuge seine Aussage aufnicht aufrecht, weshalb die drei auf Antrag der Staatsanwaltschaft freigesprochen wurden. Gegen die fristlose Entlassung hatten die drei beim BR. ebenfalls Einspruch erhoben, der als gerechtfertigt erachtet wurde. Nunmehr klagten sie am Kölner Arbeitsgericht auf Zahlung von Entschädigung und Wiederbeschäftigung. Die beklagte Gesellschaft lehnte dies als eine Zumutung ab. Das Gericht beschloß, die Strafakten einzusehen und die vor dem Strafgericht vernommenen Zeugen am Arbeitsgericht nochmals zu vernehmen.

Köln. Für 30 000 Mark Pelze gestohlen. In der Nacht zum Mittwoch wurde in das Pelzgeschäft Pinsker auf der Breitestraße ein schwerer Einbruch verübt. Die Einbrecher drangen durch einen Privateingang in das Hinterhaus ein und gelangten über eine Treppe in das Geschäft. Hier suchten sie sich die besten Pelze aus den großen Lagerbeständen aus und nahmen für etwa 30 000 Mark Waren mit. Der Geschäftsinhaber ist nur gering versichert. Die Einbrecher müssen mit den Verhältnissen sehr gut vertraut gewesen sein.

Westdeutsches

Siegburg. Veruntreuungen bei einer Kreissparkasse. Bei einer Prüfung der Revisoren des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes wurden bei der Zweigstelle Seelscheid der Kreissparkasse Siegburg Veruntreuungen des nebenamtlichen Zweigstellenleiters in Höhe von rund 5000 Mark festgestellt. Der Zweigstellenleiter ist geständig und verhaftet. Der Kreissparkasse entsteht kein Verlust, da die veruntreute Summe durch Zugriff auf das Vermögen des Beamten sichergestellt ist.

Bad Godesberg. Vierköpfige Schmugglerbande verhaftet. Zollbeamte nahmen mit Hilfe der Godesberger Polizei eine vierköpfige Schmugglerbande, drei Männer und eine Frau, fest. Die Schmuggler kamen mit einem Kraftwagen von der Grenze her, ein Motorradfahrer, der den Kraftwagen begleitete, sollte als Aufpasser fungieren. Die Zollbeamten überraschten die Schmuggler. Während der Kraftwagenführer den Wagen sogleich anhielt, versuchte der Motorradfahrer zu entkommen, auch einige von den Beamten abgefeuerte Schüsse konnten ihn nicht von seiner Flucht abhalten. Er wurde jedoch in Godesberg gestellt und festgenommen. Auf dem Wagen fand man eine große Menge Zigarettenpapier, Tabak, Kaffee und Kakao. Die Schmuggler wurden dem Bonner Untersuchungsgefängnis zugeführt, der den Wagen und die Schmuggelwaren beschlagnahmte. Man hofft, mit dieser Festnahme einer großen Bande, die schon seit längerer Zeit in der Umgebung von Bad Godesberg ihr Unwesen treibt, auf der Spur zu sein.

Aachen. Großfeueralarm. Gegen 7½ Uhr abends wurde das Zeichen Großfeuer gegeben. In der Nadelfabrik Jungbecker in der Hahnbrucher Straße war die Schauermühle in Brand geraten. Das Feuer gefährdete die anliegenden Räume mit wertvollen Maschinen und kurze Zeit auch einen Wohnhausblock. In weniger als einer halben Stunde gelang es jedoch der Feuerwehr, jede Gefahr zu beseitigen. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung.

Dinslaken. Tödlicher Sturz vom Rade. Ein Verkehrsunfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich an der Ecke Wilhelm- und Wiesenstraße. Der 15 Jahre alte Bäckerlehrling Wilhelm Biermann aus Dinslaken befand sich mit seinem Fahrrad auf dem Wege zur Berufsschule und fuhr an der genannten Straßenkreuzung gegen einen Bordstein. Bei dem Sturz vom Rade überschlug er sich und brach das Genick. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Repelen-Baerl. Erwischt. Wie berichtet, flüchtete der bei der Sparkasse Repelen-Baerl beschäftigte Angestellte Hüfken nach Unterschlagung von 14 000 RM. Jetzt wird gemeldet, daß es gelungen ist, den Defraudanten in der Stadt Marienberg an der tschechoslowakischen Grenze festzunehmen. Es verlautet weiter, daß die von Hüfken veruntreute Summe bedeutend höher ist, da er von Privatpersonen noch ihm übergebene Gelder unterschlagen hat. Die Gesamtsumme wird auf etwa 40 000 RM. beziffert.

Das Neueste

Vier Banditen überfielen heute am hellen Vormittag vor dem Rathaus in Berlin-Charlottenburg einen Geldtransport, schossen vier Begleitbeamte nieder und raubten 40 000 RM.

Die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und dem Zentrum werden, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, vorläufig nicht weiter fortgesetzt.

Den Zentrumsfraktion setzte ihre Beratungen über das Memorandum Professor Dessauers bezüglich des Wirtschaftsprogramms weiter fort und besprach dabei auch eingehend das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen.

Der Evangelische Reichselternbund hat an Reichsinnenminister Freiherr von Gayl ein Schreiben gerichtet, in dem die Konfessionsschule verlangt wird.

Die französische Presse will in dem Jugendertüchtigungserlaß eine verkappte militärische Ausbildung der Jugend erblicken. Die Blätter begnügen sich vorläufig mit Tatsachenberichten, in die sie hie und da ihre haltlosen Vermutungen einflechten.

Die französische Presse wendet sich gegen einen englischen Kompromißvorschlag in der Gleichberechtigungsfrage.

Die englische Regierung wird keinen Antrag auf Zahlungshinausschiebung an Amerika richten.

Nach dem „Daily Expreß" wird die Sitzung des Allgemeinen Büros der Abrüstungskonferenz sofort nach der Wiedereröffnung vertagt werden. Deutschland werde die Gleichberechtigung grundsätzlich zugestanden werden. Gleichzeitig solle es sich verpflichten, nicht aufzurüsten, während die anderen Mächte die Erklärung abgeben sollten, daß sie in ihrer Abrüstung weitergehen wollen als bisher.

Eine Abstimmung unter den englischen Baumwollkämmern ergab eine überwältigende Mehrheit für die Arbeitsniederlegung, falls die vorgeschlagenen Lohnkürzungen durchgeführt werden.

Das Transozeanflugzeug American Nurse wurde über Sardinien gesichtet.

Nach den letzten Nachrichten über das schwere Unglück des Fremdenlegionär-Transportzuges in Algerien soll sich die Zahl der Toten auf 120 und die der Verletzten auf 150 belaufen.

Das amerikanische Staatsdepartement dementiert Gerüchte über angebliche Kriegsschulden-Ablösungsbesprechungen in London. Der amerikanische Schatzsekretär teilt mit, daß alle Schuldnerländer, die von dem Aufschiebungsrecht für ihre Zahlungen Gebrauch machen wollen, die amerikanische Regierung bis heute Abend dahingehend unterrichten müssen.

Chile war am gestrigen Mittwoch vier Stunden lang ohne Regierung. Der neue Präsident General Blanche trat infolge Meinungsverschiedenheiten mit dem Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte Merino um 10 Uhr zurück, ließ sich jedoch vier Stunden später zur Wiederaufnahme seines Postens bewegen. Merino ist mit 70 Flugzeugen verschwunden, als der Kriegsminister mit bewaffneter Macht gegen den Flugplatz vorrückte.

„Graf Zeppelin" in Sicht der brasilianischen Küste

Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin" heute früh um 2,10 Uhr Greenwicher Zeit auf 3,20 Grad Nord und 28,45 Grad West, das ist etwa 150 Seemeilen nordwestlich der Insel St. Pauls Rock. Das Luftschiff wird voraussichtlich heute Mittag in Pernambuco landen und nach kurzem Aufenthalt nach Rio de Janeiro weiterfahren.

Nächtliche Bootskatastrophe

Im Swinemünder Hafen liegt z. Zt. die Segelyacht „Salamander", die dem Akademischen Verein gehört. An Bord der Yacht befinden sich 5 junge Studenten des genannten Vereins. Die Segler hatten am Abend des Dienstags 2 Mädchen an Bord eingeladen. Gegen 3 Uhr morgens wollte der Führer der Yacht, der Student Walter Wilde, die beiden Mädchen in einem Beiboot nach ihrem Wohnort Osternothafen übersetzen. Dabei ist das kleine Boot in das Kielwasser eines einfahrenden englischen Dampfers geraten und gekentert. Alle 3 Insassen sind seitdem verschwunden. Es besteht kein Zweifel mehr, daß sie den Tod gefunden haben. Der ertrunkene Student ist der 24 Jahre alte Sohn des Professors Ernst Adolf Wilde aus Magdeburg.

Das Wetter von heute und morgen

Vorwiegend heiter, am Tage ziemlich warm, schwache Luftbewegung.

Geheimnisse im Äther

Wie alt ist schon die Behauptung, man brauche heute nicht mehr mit Schützengräben, Handgranaten, Gewehren und Maschinengewehren, nicht mit Gasen oder Kanonen Krieg führen, sondern brauche nur auf einen elektrischen Knopf zu drücken, um ein feindliches Heer zu vernichten! Was an dieser Mär dran ist, vermag niemand zu sagen. Denn, selbst wenn derartige Erfindungen bei uns oder in anderen Ländern gemacht worden sind, so sind es Staatsgeheimnisse. Wir können uns, nach neuesten Erfahrungen, aber sehr leicht einen Begriff machen, daß solche Erfindungen möglich sind. Besonders eine neue Erfindung, die man

zum Schutze der Grenze gegen Schmuggler

gemacht hat, deutet darauf hin, daß man heute nichts verneinen darf. Freilich, diese Erfindung will keine Menschen umbringen, sie vermag auch nicht, die Grenze hermetisch abzusperren und so einen Schutz etwa gegen den Einmarsch von Millionenheeren zu geben, sie ist mehr als Alarm gedacht, und funktioniert als „unsichtbarer Wachhund" ganz vorzüglich. Die Grenzen sind bekanntlich lang, und die Zahl der Schmuggler nimmt zu. So viel Grenzbeamte kann sich kein Staat halten, um die ganzen Grenzen abzuschließen und jeden unerlaubten Uebertritt zu verhindern. Eine Erfindung nun hat Stromsender geschaffen, die an der Grenze aufgebaut, jeden Menschen erfassen, wenn er in den Lichtkreis der Spiegelreflektoren kommt. Das heißt, er merkt es garnicht, wenn ihn die Reflektoren erfassen, er weiß nicht, daß sein Erscheinen elektrische Ströme in Bewegung setzt, die den Beamten weitab Signale geben, daß die Grenze überschritten worden ist. Sie können sich aber auf diese „Wachhunde" verlassen. Und wenn die Einrichtung nicht zu kostspielig wäre, lohnte es sich schon, sie zwischen den einzelnen Grenzstationen aufzubauen. Damit wäre der Schmuggel blutlos beseitigt, damit wäre die Erfindung zu einer wertvollen Einrichtung im Interesse des Staates geworden.

Man kann sich aber denken, daß sich aus dieser Erfindung andere ableiten lassen und schließlich

für die Abwehr von Einbrüchen,

die ja ähnliche Erfindungen bereits kennt, keine bessere Methode gefunden werden kann. Jedenfalls erweist sich, daß im Aether Kräfte wohnen, die kein Mensch ahnt, die aber dem Menschen dienstbar gemacht werden können. Wellen schwingen um uns, die recht harmlos sind, aber richtig eingespannt, richtig eingefangen, richtig ausgenutzt, dem Menschen dienstbar zu sein vermögen.

In diesem Zusammenhang verdient eine andere Erfindung das größte Interesse. Vor einigen Jahren erschien irgend ein Mensch, stellte sich auf das Podium und machte Musik aus der Luft, holte mit einem Stabe die herrlichsten Töne heran, spielte, was man hören wollte und galt als Zauberer und als Betrüger. Nun ist aber die Funkausstellung in Berlin eröffnet. Und hier zeigt eine ganze Abteilung, wie man Heimmusik aus dem Nichts holen kann. Hier wird bestätigt, daß man es damals nicht mit Betrügern zu tun hatte, sondern mit Männern der Wissenschaft, die einen neuen Weg gewiesen haben. Und gerade das Heinrich-Hertz-Institut ist es, das mit seinen Schwingungsforschungen die Musik auf eine ganze neue Basis zu stellen vermag. Wenn man die

elektrischen Musikinstrumente

hört, die hier aufgebaut sind, eine Orgel, einen Flügel, ein Klavier, eine Geige und ein Cello, so wird man sich darüber gewiß, daß unsere alten Instrumente in nicht allzulanger Zeit durch neue, elektrische ersetzt werden, weil diese vielfältiger, schöner, vielleicht auch einfacher sind. Man muß Musiker sein, um den Wohlklang der hier zur Vorführung aufgebauten Instrumente richtig zu würdigen. Aber auch der Laie erkennt, daß dem Musiker durch diese neuen elektrischen Instrumente sehr bald der Garaus gemacht werden wird. Deshalb, weil diese Instrumente mit den elektrischen Einbauten

ganze Kapellen ersetzen können.

Bei den Versuchsinstrumenten wird die schwingende Saite mit Hilfe magnetischer Abnahme zur Erzeugung von elektrischen Strömen herangezogen? Von anderen Instrumenten aber, die rein elektrische Anregung benutzen, verdient das neuartige unscheinbare Instrument besonderes Interesse, das für Theremin-Musik bestimmt ist. Die nicht komplizierten Einbauten bei allen Instrumenten verstärken den Ton, geben ihm andere Schwingungen, einen anderen Klang, so daß ein Instrument tatsächlich viele Instrumente ersetzen kann und an Stelle einer ganzen Kapelle eingesetzt werden kann, ohne daß das Publikum es an der Musik merken würde.

Doch hier ist immerhin etwas sichtbar, hier ist der Einbau vorhanden, hier müssen Menschen in die Tasten greifen oder den Bogen führen, hier gibt es Saiten, die singen und klingen. Die Musik aus dem Nichts ist dagegen das große Wunder, das hier in einer Vervollkommnung gezeigt wird, die viel ahnen läßt und sogar den Tag, da wir daheim sitzen und

uns selbst mit Handgriffen in der Luft die schönsten Töne holen, wertvolle Opern, schöne Operetten, Schlager und Volkslieder vorspielen.

Angeblich soll es heute bereits jedem möglich sein, mit Hilfe eines gewöhnlichen Rundfunkgerätes im Hause sich Thereminsche Aetherwellen-Musik zu machen. Ich möchte daran zweifeln, weil es unglaubhaft ist, und mir scheint doch, daß gewisse technische Erfahrungen dazu gehören, mit einem Rundfunkgerät und einer ausgestreckten, leise vibrierenden Hand eine Anzahl Instrumente zu ersetzen und aus der Luft die Töne zu greifen, die man gerade haben möchte. Angeblich genügt eine einfache kleine Stabantenne, die dem Rundfunkgerät vorgesetzt wird und beim Nähern und Entfernen der Hand sollen im Lautsprecher alle Töne erklingen, die eine Tonleiter besitzt. Mit Hilfe eines Zusatzgeräts, das hinter dem Radioapparat eingeschaltet wird, etwa wie beim Trautonium, und einfachen Drehknöpfen und Schaltern soll nun aus diesen Tonleitertönen die Klangfarbe gewonnen werden, die zur Vervollständigung der Musik notwendig ist und eine Regelung der Lautstärke. Wenn man die Vorführung nicht gehört hätte, wenn man nicht gesehen hätte, daß jemand aus der Luft die erste Stimme griff, eine volle, klangvolle, klangschöne, ein anderer die Begleitung, dann würde man ungläubig den Kopf schütteln. Aber wir sind soweit: im Aether gehen Dinge vor, von denen sich unsere Schulweisheit nichts träumen läßt. Dort singt es und klingt es,

man muß es nur richtig fassen,

und dort schwingen auf Wellen Ströme, die zu allem zu nutzen sind. Fernsehen und Fernhören, das ist heute nichts Neues mehr. Eine Etappe nach der anderen stößt der Mensch in die Geheimnisse des Aethers vor, in diese Geheimnisse, die erst ganz enthüllt werden könnten, wenn wir wüßten, was es mit der Elektrizität auf sich hat.

Ernst Leopold.

Der Fingerabdruck

Das Verhängnis läßt sich 15 Jahre Zeit

Seit 16 Jahren lebte William Collins ruhig und still und keineswegs auffälliger als irgendein anderer Bürger in Newyork. 16 Jahre hielt er sich ausgezeichnet. Und wäre er an dieser verhängnisvollen Straßenecke ein wenig schneller weitergegangen, so daß er nicht in diese Schlägerei geriet, dann wäre eben auch heute noch alles gut. So aber droben ihm 25 Jahre Gefängnis in einem kalifornischen Staatsgefängnis, in einem Gefängnis, das gerade so war wie jenes, aus dem er bei Nacht und Nebel vor 16 Jahren ausbrach. Er wohnt schon seit 15 Jahren in dem Haus 2225 Naviland Avenue. Er hat eine Frau und zwei große Kinder. Aber jetzt soll er auf einmal wieder ins Gefängnis, weil von seinen 25 Jahren Gefängnis, die man ihm einst gab, nur ein paar Monate verbüßt sind.

In Sacramento war es eines Tages über ihn gekommen, als er einen Wagenschaffner mit viel Geld in der Tasche an sich vorbeikommen sah. Und da er auch noch die Pistole zog und den Schaffner mit Erschießen bedrohte, entledigte sich die amerikanische Oeffentlichkeit seiner, indem die Richter ihm 25 Jahre gaben. Im Sant-Quentin-Gefängnis begann er die Verbüßung und entsprang dann. Er hatte Glück. Niemand fragte ihn nach dem Woher und Wohin. Der Ueberfall auf den Kondukteur war vielleicht ein Fehlgriff, ein Ausrutschen gewesen. Er führte sich exakt und pünktlich.

Am 30. April 1931 wollte er von seiner Arbeitsstelle rasch nach Hause. Da kam er an einer Straßenecke vorbei, wo sich ein paar Leute schlugen. Und da der eine schwach und klein und der andere groß und stark war, so griff Collins für den Kleinen ein und wurde von der Polizei mit abgeführt, als diese den Streit schlichtete. Lachend meinten die Beamten, er habe ganz recht getan, wenn auch vielleicht ein paar Schläge ein bißchen hart waren. Sie müßten nur seine Fingerabdrücke nehmen, für alle Fälle und nur weil das so Sitte sei in den Vereinigten Staaten. Collins gab lachend diese Fingerabdrücke, nicht ahnend, daß dieses Einmischen in den lächerlichen Streit sein ganzes Leben von neuem ruinierte. In diesen Tagen nämlist sind Beamte erschienen, um den Straßenräuber Collins abzuführen. Zwar sei es 16 Jahre her, aber das störe sie ja nicht weiter, sie täten auch nur ihre Pflicht.

Und so sitzt denn der unglückliche Collins in Haft. Sein Leben wird zur Tragödie. Man hatte den Fingerabdruck registrkert. Und dabei war man denn auf eine völlige Gleichheit der Formen gestoßen mit seinen Händen und denen des „entsprungenen Straßenräubers". So kam auch dieses an den Tag.

Eibingen. Auf der Spur der Eibinger Brandstifter? Die Landeskriminalpolizei in Frankfurt a. M. arbeitet unermüdlich an der Ermittlung der Ursache des großen Klosterbrandes in Eibingen, dem das Hildegardisstift und die Kirche zum Opfer fielen. Es ist jetzt festgestellt, daß in der Brandnacht vom 3. auf den 4. September zwei Personen unmittelbar nach dem Ausbruch des Brandes sich eilig von der Brandstätte durch die benachbarten Weinberge am sogenannten Häuserweg in Richtung Rüdesheim entfernten. Es besteht die Möglichkeit, daß diese beiden Personen mit dem Brande in Verbindung zu bringen sind.

Breyell. 35 000 Besucher auf der landwirtschaftlichen Ausstellung. Die landwirtschaftliche Ausstellung in Breyell hatte einen unerwartet guten Erfolg zu verzeichnen. Im ganzen haben 35 000 Personen die Ausstellung besucht; infolgedessen dürfte das finanzielle Ergebnis wohl auch als befriedigend anzusprechen sein.

Dortmund. Selbstmord auf den Schienen. Morgens wurde auf der Reichsbahnstrecke zwischen Brünninghausen und Löttringhausen die grauenvoll zerstückelte Leiche eines jungen Mannes auf den Schienen von zwei Arbeitern aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß sich der junge Mann in der voraufgegangenen Nacht von einem Zuge hat überfahren lassen. Der Kopf war vom Rumpfe getrennt und lag etwa 20 Meter entfernt. Bei dem Toten, der keine Ausweispapiere bei sich führte, handelt es sich um einen etwa 20 bis 25 Jahre alten Mann.

Riesenbeck (Kr. Tecklenburg). Veruntreuungen eines Rendanten. Wie der Riesenbecker Spar- und Darlehnskassen-Verein mitteilt, wurde gelegentlich einer Revision der Genossenschaft auf dem Konto der Gemeinde Riesenbeck ein Fehlbetrag von nicht ganz 10 000 RM. festgestellt. Der frühere Rendant, der gleichzeitig die Gemeindekasse Riesenbeck als Rentmeister verwaltete und damit über das Konto der Gemeinde Riesenbeck verfügungsberechtigt war, hat diesen Fehlbetrag durch eine Scheinbuchung zu verschleiern gesucht. Die Genossenschaft ist jedoch voll und ganz gedeckt.

Was ist mit Daubmann?



Im Mai dieses Jahres kehrte bekanntlich nach 16jähriger Abwesenheit Oskar Daubmann in seine badische Heimat zurück. Er gab an, bis zu diesem Zeitpunkt von den Franzosen als Kriegsgefangener zurückgehalten zu sein und sich durch eine abenteuerliche Flucht nach Deutschland gerettet zu haben. Er ist nun nach Berlin gekommen, um hier bei verschiedenen Behörden über seine Abenteuer zu berichten und die Wahrheit seiner Behauptungen zu beweisen

Mainz. Schwere Strafen für Zigarettenpapierschmuggler. Das Bezirksschöffengericht verurteilte den als Schmuggler bekannten und mit Zuchthaus vorbestraften 28 Jahre alten früheren Artisten Ernst Schmidt aus Dillingen zu einem Jahr Gefängnis, 33 000 Mk. Geldstrafe und einer Wertersatzstrafe von 5400 Mark, seinen Gehilfen, den 21 Jahre alten Kaufmann Hans Kopp aus Billigheim, zu 5100 Mark Geldstrafe und einer Wertersatzstrafe von 116,40 Mark wegen Zoll- und Steuerhinterziehung, Steuerhehlerei und Begünstigung. Schmidt gelang es seinerzeit, sich durch die Flucht ins Saargebiet der Festnahme zu entziehen. Er wurde durch Anschlag auf der Gerichtstafel öffentlich geladen, war aber zur Verhandlung nicht erschienen. In den Jahren 1930 und 1931 hatte Schmidt nicht weniger als 1 520 000 Blatt unverzolltes und unversteuertes Zigarettenpapier aus dem Saargebiet nach Landstuhl eingeschmuggelt. Kopp setzte einen Teil der Schmuggelwaren hier ab.

Frankfurt. Wieder Schwindeleien mit „spanischen Schatzbriefen." In früheren Jahren wurden kapitalkräftige Leute immer wieder mit sogenannten „spanischen Schatzbriefen" überschwemmt, wonach irgendwo ein großer Schatz verborgen sei, den ein Deutscher gemeinsam mit einem Spanier „heben" sollte. Natürlich ist die ganze Geschichte ein plumper Schwindel. Diese „spanischen Schatzbriefe" tauchen jetzt, wie die Polizei mitteilt, wieder auf, und es finden sich immer noch viele Dumme, die darauf hereinfallen. In den meisten Fällen werden „Gerichtskosten" verlangt, die zur Auslösung von Effekten verwendet werden sollen.

Vom Büchertisch

Die Niederschlagung der Hauszinssteuer

Die Frage, wie und unter welchen Voraussetzungen man heute die Hauszinssteuer niedergeschlagen bekommt, ist für jeden Mieter und für jeden Hausbesitzer das aktuellste Tagesgespräch. Die Bestimmungen der Hauszinssteuerverordnung sind durch die neue Verordnung vom 29. August 1932 ganz erheblich geändert worden. Alle diese Aenderungen muß man kennen, wenn man Hauszinssteuer ersparen will. Aus diesem Grunde ist das soeben erschienene Büchlein „Die Niederschlagung der Hauszinssteuer" von Bankdirektor a. D. Rud. Körfgen, Steuersachverständiger in Bonn allen unsern Lesern auf das beste zu empfehlen, da schon eine einzige Auskunft den Gestehungspreis mehrfach bezahlt macht. Das Büchlein ist zum Preise von 2 RM zu beziehen von R. Körfgen, in Bonn, Ermekeilstraße 1, Postscheckkonto Köln Nr. 108 131.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

„Haarglanz" heilt erkranktes Haar! Schlaff und spröde gewordenes Haar, das meist an gespaltenen Spitzen leidet, wird durch „Haarglanz" wieder frisch und elastisch. „Haarglanz" erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond", die aufhellende Spezial-Sorte!



7

Gertrud MACLEOD

ROMAN VON ARNO FRANZ



URHEBERRECHTSCHUTZ · DURCH VERLAG · OSKAR · MEISTER · WERDAU · SA.

„Nicht doch," fiel sie ihm ins Wort und sah ihn frei und groß an. „Es war ihr Vorzug vor anderen, daß Sie — das bisher nicht konnten und wenn schon, doch nicht taten. Das ließ mich nahe an Sie herankommen, Vertrauen fassen, wie eine Schwester zu einem Bruder. Verjagen Sie mich nicht, Pieter Calisch. Ich brauche einen Freund, dem ich vertrauen kann. Ich fühle es. Lassen Sie es zwischen uns bleiben wie bisher."

Wortlos küßte er ihre Hand und da in diesem Augenblick Mac zur Tafel bat, führte er Traute dem Leutnant Marow als ihrem Tischherrn zu.

In diesem Kreise wäre Verstimmung oder Steifheit unmöglich gewesen, weil sich jeder gab, wie er war.

Die Fürstin steckte ihre liebenswürdigste Seite auf und entfaltete den Charme der großen Dame.

Signora de la Motte stand ihr nicht nach.

Koloman Szagony war wie der Wein seines Landes — süßlich aber voll Leidenschaft. Seine Augen sprühten Blitze und immer sah man unter seinem schwarzen Schnurrbärtchen die blendend weißen Zähne leuchten. Er aß kaum, er schwelgte in Schönheit und Liebreiz. — Das macht Durst aber keinen Hunger.

Marow entpuppte sich als das Gegenteil der in Romanen geschilderten russischen Offiziere, war bescheiden, zurückhaltend und von besorgter Aufmerksamkeit für seine Dame. Von Schwerenöter keine Spur. Der Tante Warnung hatte er längst vergessen. Er fühlte sein Herz schlagen und sein Blut kreisen. Der schönen Frau an seiner Seite konnte er nur mit gemessener Feierlichkeit begegnen. Er wagte keine Elogen und Komplimente. Selbst die leisesten waren ihm lächerlich erschienen.

Wer so war wie „sie", der wußte wie er war, dem brauchte man es nicht zu versichern.

Mac war sprühende Lebensfreude, durch das Ungewisse der Entwicklung angenehm gedämpft.

Nur einer saß wie ein steinerner Riese an dieser Tafel und ließ nichts an sich heran — Pieter Calisch. Mit liebenswürdiger Reserviertheit, die aber trotz dieser Liebenswürdigkeit — oder gerade deshalb — frieren machte, nahm er das Unerläßliche hin. Er sah alles und nichts. Und wen sein wissendes Auge traf, der blickte verlegen zur Seite oder suchte mit einem Lächeln auszuweichen. —

Und als endlich die Tafel aufgehoben wurde, wußte er, daß auch Szagony und die de la Motte schon Kirschen zusammen gegessen hatten. Und ferner wußte er, daß ein kleiner russischer Leutnant drauf und dran war, sich bis über die Ohren zu verlieben.

Sein Plan war fertig. Wenn er auch nicht sauber war — was tat es! Er mußte verwirklicht werden um Traute's willen.

Wie beiläufig fragte er Szagony, mit dem er nach Tisch auf dem gleichen Ledersofa gesessen hatte: „Spielen Sie eigentlich, Verehrtester? — Ich meine nicht passioniert, sondern nur so — so — gelegentlich und gewissermaßen zur Nachprüfung des bekannten alten Spruches."

Szagony zeigte wieder sein Raubtiergebiß und zwinkerte mit den Augen. „Sie hätten wohl ein Lüstchen," fragte er zurück, aber Pieter wich aus: „Selbst das tollste Verlangen zu befriedigen dürfte hier nicht möglich sein, es sei denn, daß uns die Damen von unserer Gegenwart entbinden."

Zögernd antwortete der Ungar: „Man müßte es Leod sagen."

„Tun Sie das," ermutigte ihn Pieter, „Sie machen ihm eine große Freude damit," und ging zur de la Motte hinüber, die in einem Album blätterte, während sich Szagony an Mac heranschlängelte.

„So vertieft, Signora," redetete er sie an, „darf man stören?"

„Sie stören durchaus nicht, Herr Calisch. Es sind nur Städteansichten in diesem Album enthalten. Alles bekannt, nichts Neues für mich. — Der Eigentümer dieses Albums — ich vermute, es gehört als Ausstattungsstück zum Mobiliar — scheint Ferienerinnerungen festgehalten zu haben. Auf manchen Blättern befinden sich ganz ulkige Bemerkungen."

„Wie zum Beispiel?"

„Hier" — sie schlug Breslau auf — „hier steht: In dieser dreimal gesegneten Stadt verlor Pauline ihr Herz. Ich hätte es auf dem Fundbüro abgeben sollen."

„Famos! — Paulinchen scheint die stocktaube Dame aus dem Oberstock zu sein, die sich an der Liebe ihres Kanarienvogels Genüge sein läßt. — Der selige Geheimrat scheint Humor gehabt zu haben."

„Das will ich glauben! — Schauen Sie weiter: Wien. Bildhübsche Frauen! Was kann Pauline dafür, daß sie aus Breslau ist."

Pieter lachte laut auf, so daß die Gäste neugierig wurden. Er entschuldigte sich. „Verzeihung meine Damen! Signora gibt aus diesem Album Reminiscenzen eines seligen Geheimrats zum besten, die köstlich und des Anhörens wert sind — wollen Gnädigste die Güte haben?"

Die de la Motte las noch einmal vor, was sie schon vorgelesen hatte und erweckte strahlende Heiterkeit.

„Weiter," drängte Mac und die Signora wendete um.

„Paris: Mit unseren Jägerhemden können wir hier — keinen Blumentopf gewinnen. Das sollte einer dem anderen sagen."

„Shocking", rief die Fürstin und Traute fragte Mac: „Was meint der Geheimrat damit?"

Lächelnd strich ihr Leod übers Gesicht und sagte: „Das verstehst du doch nicht, mein Kind."

Und Traute war es zufrieden.

„Monte: Gespielt! Ich muß scheußlich geliebt werden. Hab' fünf mal fünf Franc hintereinander verloren. Mich wundert's nicht. Die Liebe ist mir immer teuer zu stehen gekommen."

„Der hat Bescheid gewußt," rief Szagony, „bei uns sind die Geheimräte anders."

„Ich verstehe nur nicht," begann die Malakow, „was das Geliebtwerden mit dem Spielen zu tun hat oder umgekehrt, das Spiel mit der Liebe."

„Sehr viel, Frau Fürstin," warf Pieter ein. „Es gibt in Deutschland ein Sprichwort, das heißt: Glück in der Liebe, Unglück im Spiel. Auch wir in Holland kennen es. Wenn es die Herrschaften auf seine Richtigkeit hin nachprüfen wollen, ich bin überzeugt — ich mache ein glänzendes Geschäft dabei, vorausgesetzt" — und der Hieb galt Leod — „daß ich mit von der Partie sein darf."

„Ganz amüsant diese Probe aufs Exempel", sagte die Fürstin und blickte die Damen fragend und ermunternd an.

Pieter half nach. — Es mußte sein. Der Zufall unterstützte sein Vorhaben. Den Vorteil mußte er nützen.

„Selbstverständlich nur zur Unterhaltung, meine Damen," sagte er, „um Nüsse, Traubenrosinen oder Knackmandeln. Wie wir als Kinder taten. Dabei brennen wir einige Wachskerzen an und träumen uns, da wir nun einmal in Deutschland sind, unterm Weihnachtsbaum."

Mac war zwisselig geworden. Auch der Ungar trat von einem Bein aufs andere.

Seit vierzehn Tagen hatte man keine Karte in die Hand bekommen, hatte vor Flirten gar nicht daran gedacht, hatte das kalte Krippeln nicht empfunden, das mit siedender Hitze wechselte und einen durch tausend Gefühlsskalen jagte, Gegenwart, Umgebung und sich selbst vergessen ließ.

Und jetzt fing dieser Calisch an, einem warm zu machen und ausgerechnet auf diese heimtückische Art. Traubenrosinen und Knackmandeln, Wachskerzen und Weihnachtsbaum — warum nicht auch Brauselimonade und Schlagsahne tropfen- und löffelweise!

Verflucht und noch einmal verflucht dieser Unfug!

Aber heute ging es ja wohl nicht anders, heute, wo diese Weiber zugegen waren, mußte man eben gute Miene zu diesem Kinderbeginnen machen. „Daß sie wären, wo der Pfeffer wüchse, diese Frauenzimmer" — wünschte Mac und auch Szagony hätte in diesem Augenblicke nichts dagegen gehabt.

Aber bei nächster Gelegenheit! — Ach was — nächster Gelegenheit! Morgen schon — bestimmt morgen mußte es um blanke Taler gehen und um blinkendes Gold. Das wollte man dach gleich heute abend noch festmachen.

Man spielte wirklich, wie Pieter vorgeschlagen, um Nüsse und Knackmandeln.

Die Damen amüsierten sich köstlich, die Herren waren Kavaliere.

Am anderen Tage aber — und das war tatsächlich vereinbart worden — wollten sich diese zum gleichen Zwecke wieder bei Leod zusammenfinden, während sich jene den Besuch der Oper vornahmen. Die Damen versprachen nach der Vorstellung noch zu einem gemütlichen Plausch im Hause Traute Mac Leods vorzusprechen

So beschloß man diesen Tag.

5.

Es war am folgenden Abend.

Der Kladderadatsch war da: Auf dem Tische unter dem Kronleuchter lagen die Karten. Die Herren aber saßen jeder in einer anderen Ecke des Zimmers. Drei hatten rote Köpfe, das waren Mac Leod, Koloman Szagony und Alexei Marow, nur dem vierten — Pieter Calisch — war keinerlei Veränderung anzumerken. Er hatte gewonnen, die anderen hatten verloren. Augenblicklich ging es nicht mehr weiter, weil das klingende Geld fehlte. Auf Pump zu spielen genierten sie sich. Dazu war die Bekanntschaft noch zu neu. Keiner getraute sich den Anfang zu machen und Pieter hütete sich, ihnen auf die Sprünge zu helfen.

Ihm war geglückt, was er wollte. Er hatte die Leidenschaft geweckt. Er würde sie wachzuhalten wissen, bis zu einem befriedigenden Ende. Blank und bloß sollte dieser Leod von Wiesbaden fortgehen — nein, fortgehen müssen! Es dürfte ihm kein anderer Weg mehr offen stehen. Das hatte er sich vorgenommen.

Er kannte ja „seinen Freund". Wie alle passionierten Spieler verlor er mit wenig Ausnahmen regelmäßig. Er konnte nie passen, mochten die Karten noch so schlecht sein. Und deshalb wußte Pieter heute schon, daß Leod weiterspielen würde, bis der letzte Kreuzer vertan war. Er würde um so toller spielen, je schneller das Geld zerrann. Es erging ihm wie einem, der bergab geht und ins Laufen kommt. Es gab keinen Halt mehr.

„Ich bin natürlich jede Stunde bereit, den Herren Revanche zu geben," sagte Pieter.

„Das dürfte eine nicht erwähnenswerte Selbstverständlichkeit sein," warf Leod hin. „Man spielt doch und räubert nicht."

„Schön," erwiderte Pieter, „also wann dann?"

„Morgen — wenn es den Herren recht ist."

Szagony und Marow stimmten zu.

Und so spielte man anderen Tags wieder und den folgenden auch und so fort an zehn Tagen. Man spielte, wenn man abkömmlich war, wenn der Frauendienst die freie Minute ließ. Man spielte am Nachmittag, abends und um Mitternacht.

Am elften Tage aber spielte man nicht. Da suchte Mac Leod Pieter Calisch auf. Kurz nach dem Frühstück schon war er bei ihm. Wie immer machte er wenig Umstände. Wäre auch nicht nötig gewesen, denn Pieter wußte, weshalb er kam. Die Stunde war da!

Leod rückte denn auch sofort mit seinem Anliegen heraus: „Ich brauche Geld, Calisch," sagte er und brannte sich eine Zigarette an — verkehrt natürlich, so aufgeregt war er — „dringend Geld brauche ich. Ich bin blank wie ein neuer Groschen."

„Schon," sagte Calisch, „das ist ziemlich schnell gegangen."

„Kunststück, wenn man dauernd im Peche sitzt. Sie haben ja gepostmeistert — geoberpostmeistert haben Sie ja. Das war schon nicht mehr schön."

„Marow wollte ja nicht glauben, daß ich lediglich zum Vergnügen spiele. Jetzt ist er wohl überzeugt und Sie sind es auch."

Leod sah ihn entgeistert an. „Mensch," rief er, „was reden Sie da. Das ist ja komplettes Irrenhaus. Zum Vergnügen spielen. Gibt's ja gar nicht. Niemand tut das!"

„Dann bin ich die bekannte Ausnahme, die die Regel bestätigt — ich tue es."

„Damit ich etwas lerne, sagen Sie mir bitte, inwiefern," erwiderte Mac bissig.

„Lernen, Leod — werden Sie nie etwas, wenigstens das nicht, worauf es ankommt, nämlich Beherrschung."

Mac trommelte nervös auf die Stuhllehne.

Calisch achtete dessen nicht und fuhr gelassen fort: „Man redet von Glücksspielen und bezeichnet als solche beispielsweise: Siebzehn und vier, Meine und Deine, Gehst du mit, Kümmelblättchen und wie die schönen Dinge alle heißen. Ich bin da ganz anderer Ansicht. Mit demselben Rechte müßte man auch Skat und Doppelkopf den Glücksspielen zuzählen. Es sind aber keine. Diese wie jene nicht, denn man hat hier wie dort, wenn auch bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger Einfluß auf den Ausgang des Spieles und wo man den hat, kann von Zufall — also Glück — nicht die Rede sein. Glücksspiele sind Lotterie und Roulett, da fehlt der Einfluß des Spielenden. Beim Kartenspiel aber ist er da."

„Quatsch, mein Lieber! Entschuldigen Sie diesen Ausdruck. Unsinn ist das, was Sie sagen. Wo ist denn Ihr gerühmter Einfluß, wenn Sie miese Karten haben, he?"

„Der liegt eben in der Beherrschung, Verehrtester. Er liegt darin, daß Sie passen und daß Sie warten können. Einen ganzen Abend, wenn es sein muß. Sie riskieren in diesem Falle immer nur den Einsatz, können also kaum Nennenswertes verlieren. Ich tue das sehr oft und sogar bei glänzender Karte. Und daß ich es kann, daß ich an jedem Spiel vorbeizugehen vermag, daß ich mich selbst an der Kandare habe, das eben bereitet mir — Vergnügen."

Mac zerdrückte die Zigarette im Aschebecher. „Verstehe ich nicht," sagte er, „kann ich einfach nicht fressen. Aber ich rate Ihnen, eine Anleitung zu erfolgreichem Kartenspiel zu schreiben, um Ihren Ruhm unsterblich zu machen."

„Vielleicht tu ich's noch. Man kann nie wissen."

„Hals- und Beinbruch! — Aber nun Scherz beiseite. Wenn mir Ihre Belehrungen auch sehr wertvoll sind, so interessiert mich Geld doch noch mehr. Können Sie mir tausend Mark pumpen?"

Calisch wiegte den Kopf hin und her. „Können schon," sagte er, „aber — — —"

„Was aber?"

„Ich mag es nicht!"

Das war so hingesagt, daß es frappierend wirkte.

Mac war es denn auch, als ob er eine Ohrfeige bekommen hätte. Schluckend nur brachte er heraus: „Warum?"

„Weil es keinen Zweck hätte, Leod — weil Sie auch diese tausend Mark morgen schon nicht mehr Ihr eigen nennen könnten, und weil sie selbst dann, wenn Sie nicht spielen würden, bei Ihrem Standard of life kaum eine Woche in Ihren Händen wären. — Ich wiederhole deshalb meinen Rat von neulich und steigere ihn zur Bitte: Reisen Sie ab, Leod. Verlassen Sie Wiesbaden. Fahren Sie nach Amsterdam zurück. Ich begleite Sie."

„Außerordentlich liebenswürdig von Ihnen," entgegnete Mac und machte dem Freunde eine tadellose Verbeugung. „Mein Herr Reisemarschall Pieter Calisch - immerhin eine Akquisition für mich. Schade nur, daß ich nicht bedingungslos annehmen kann, sondern zuvor eine Frage stellen muß: Möchten Sie mir nicht sagen, wie ich diese plötzliche Abreise meiner Frau und unseren Bekannten plausibel machen kann und — was weit wichtiger ist — von was ich reisen und meine hiesigen Verbindlichkeiten begleichen soll? Möchten Sie?! Bitte!"

Calisch brauchte sich nicht lange zu besinnen. Aehnliches hatte er erwartet.

„Hinsichtlich des ersten ließe sich Rat schaffen," erwiderte er, und hinsichtlich des letzteren ließe sich reden."

„Ich bin begierig."



Apfelernte